Einzelpreis 15 Pfennig · 2. Jahrgang Donnerstag, den 16. Oktober 1919 Nr. 499 / A 272 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.58 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Werbeanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate müssen darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9763

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verschärfung des Metallarbeiterstreiks.

An die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins!

Der Kampf, den die Berliner Metallarbeiter gegen die Metallindustriellen seit vier Wochen führen, ist in ein neues Stadium eingetreten. Um die Metallindustriellen zu zwingen, mit den Metallarbeitern über den vom Reichsarbeitsminister gemachten Einigungsvorschlag zu verhandeln, haben die Maschinisten und Heizer von Groß-Berlin am Sonntag, den 12. Oktober, beschlossen, dem Verband der Metallindustriellen ein Ultimatum zu überreichen, worin zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß, falls bis zum Montag morgen die Metallindustriellen zu Verhandlungen nicht geneigt seien, die Maschinisten und Heizer der gesamten Berliner Betriebe in einen Sympathiestreik für die Metallarbeiter eintreten würden. Bei der Beratung dieses Antrags kam zum Ausdruck,

die letzten Verhandlungsmöglichkeiten nicht unbenutzt

verstreichen zu lassen und den Ablauf des Ultimatums etwas hinauszuschieben, um den Metallindustriellen in letzter Stunde Gelegenheit zu geben, zu den vom Reichsarbeitsminister gemachten Vorschlag Stellung zu nehmen. Unter Würdigung dieser Umstände wurde das Ultimatum bis Mittwoch, den 15. Oktober, mittags 12 Uhr, befristet. Eine Antwort der Metallindustriellen war bis 12 Uhr mittags noch nicht eingetroffen, jedoch wurde der Fünfzehnerkommission vom Arbeitsministerium mitgeteilt, daß die Metallindustriellen eben zur Beratung zusammengetreten seien, und das Arbeitsministerium bat, den Ablauf des Ultimatums bis 3 Uhr hinauszuschieben. Trotz schwerer Bedenken und heftigen Widerstands aus den Reihen der Arbeiter haben sich die Fünfzehnerkommission und die Gewerkschaftskommission entschlossen, dem Wunsch des Arbeitsministeriums zu entsprechen und den Ablauf des Ultimatums auf 3 Uhr zu verschieben. Diese letzte Möglichkeit, der gesamten Bevölkerung Berlins einen Riesenkampf zu ersparen,

haben die Unternehmer abgelehnt.

Sie haben es nicht für notwendig befunden, dem Vorschlage des Arbeitsministeriums beizutreten. Damit haben sie gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, auf dem Wege der Verhandlungen sich mit den Berliner Metallarbeitern zu einigen. Die Verantwortung für das, was jetzt in Berlin eintritt, müssen deshalb die Metallarbeiter, wie die gesamten übrigen am Streik beteiligten Organisationen für sich ablehnen und sie einzig und allein den Unternehmern zuschieben.

Die Fünfzehnerkommission und die Berliner Gewerkschaftskommission waren sich von vornherein bewußt, daß die Einbeziehung der gesamten Maschinisten und Heizer der Bevölkerung Berlins große Unbequemlichkeiten bringen würden. Es soll jedoch in aller Oeffentlichkeit betont werden, daß sich diese Maßnahmen nicht gegen die Bevölkerung Groß-Berlins wenden, da die gewählten Mittel einzig und allein dem Zweck dienen sollen, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben.

An alle Arbeitsgenossen insbesondere richten wir den Appell, sich willig den Anordnungen ihrer berufenen Vertreter zu fügen und den

Ausfall von Arbeitsstunden im Interesse einer gesunden Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung auf sich zu nehmen.

Zur Beruhigung der gesamten Bevölkerung wollen wir zum Ausdruck bringen, daß seitens der Arbeiter und insonderheit der Maschinisten und Heizer alle Notstandsarbeiten in den Werken aufrecht erhalten werden sollen. Unter voller Würdigung der Verantwortung ist deshalb beschlossen worden, für alle Krankenanstalten Licht und sonstige Kraft in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. Die gesamten Wasserwerke Berlins bleiben nach wie vor in Tätigkeit. Für die Zufuhr der Lebensmittel im bisherigen Maße ist ausreichend Sorge getragen. Kühlhallen und sonstige Räume, in denen leicht verderbliche Lebensmittel lagern, werden nach wie vor voll im Betrieb erhalten. Allerdings werden nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte Bevölkerung Berlins für die Dauer des von uns nicht gewollten Kampfes sich einschneidende Beschränkungen auferlegen müssen.

Diese oben geschilderten Maßnahmen sind auch deshalb getroffen, um der unter militärischem Schutz stehenden sogenannten „Technischen Nothilfe" die Möglichkeit zu nehmen, unter dem Schutz des Militärs in die Betriebe einzurücken, unter dem Vorgeben, die Notstandsarbeiten verrichten zu wollen. Die Maschinisten und Heizer beseelen selbst soviel Gemeinschaftsgefühl, um die notwendigen Arbeiten aufrecht zu erhalten. Wir wünschen deshalb, daß die „Technische Nothilfe" ihre Finger aus diesem rein wirtschaftlichen Kampf herausläßt, da die verantwortlichen Leiter des Kampfes jegliche Verantwortung für eintretende Folgen ablehnen müssen. Wir wollen noch einmal betonen, daß dieser Kampf nicht, wie in der Oeffentlichkeit angenommen wird, eine politische Seite hat, sondern ausschließlich zu dem Zweck geführt wird, wirtschaftliche Maßnahmen der Arbeiterschaft durchzusetzen.

An die gesamte Bevölkerung richten wir die Bitte, sich möglichst von der Straße fernzuhalten, und sich nicht durch sicher auftretende Provokateure und Spitzel provozieren zu lassen

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.
Die Fünfzehner-Kommission.

Die Heizer und Maschinisten in den Streik getreten.

Die Fünfzehnerkommission in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission nahm am Mittwoch Stellung zum Ablauf des Ultimatums der Heizer und Maschinisten. Im Laufe der Beratung wünschte das Arbeitsministerium durch Herrn Dr. Busse das Ultimatum bis nachmittags 3 Uhr zu verlängern. Dem wird nach lebhafter Diskussion stattgegeben unter der Bedingung, daß die Unternehmer bis 3 Uhr sich bereit erklärt haben, auf der Grundlage des Vorschlages des Reichsarbeitsministeriums zu verhandeln. Geschehe das nicht, so würden die Heizer und Maschinisten ihren Beschluß vom Sonntag zur Tat werden lassen.

Um 3 Uhr trat der Ausschuß der Gewerkschaftskommission in Verbindung mit der Fünfzehnerkommission zu erneuten Beratungen zusammen. Da keine Antwort der Unternehmer vorlag, wird nun der Streik der Heizer und Maschinisten perfekt.

Die Streikleitung erwartet von sämtlichen Kollegen, daß sie den von Funktionären der Maschinisten und Heizer am Sonntag, den 12. d. M., gefaßten Beschluß strikte durchführen.

Es herrscht Einmütigkeit, daß die Notstandsarbeiten verrichtet werden, um es unmöglich zu machen, daß die „Technische Nothilfe" eingreift, da dieser Kampf nicht gegen die Bevölkerung Groß-Berlins, sondern gegen den Verband Berliner Metallindustrieller gerichtet ist. Desgleichen werden die Arbeiten in den Gas- und Wasserwerken fortgeführt. Auch wird Sorge getragen, daß die Lebensmittelversorgung nicht ins Stocken gerät.

Ein neuer unzulänglicher Vermittlungsversuch.

Wie wir hören, teilte gestern nachmittag gegen 5½ Uhr Dr. Busse vom Reichsarbeitsministerium der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes telephonisch mit, daß er Verhandlungen wünsche. Ich ersuche, der Fünfzehnerkommission davon Mitteilung zu machen. Auf die Frage des anwesenden Angestellten, ob damit die Unternehmer sich auf den Boden der vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen Verhandlungsbasis stellen, erklärte Dr. Busse, daß dies leider bis zur Stunde noch nicht der Fall sei. Er hoffe aber, daß die Unternehmer in diesem Sinne innerhalb kurzer Zeit entscheiden werden. Nach einer Stunde teilte er dann mit, daß die Metallindustriellen bereit seien, auf der vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen Grundlage mit der Fünfzehnerkommission zu verhandeln, lehnte es aber ab, diese Mitteilung sofort schriftlich zu bestätigen.

Es ist selbstverständlich, daß nur eine schriftliche Bestätigung der Verhandlungsbereitschaft der Unternehmer auf der geforderten Grundlage die Voraussetzung für Maßnahmen der Fünfzehnerkommission sein kann. Man wird es deshalb verstehen können, daß sie ohne diese schriftliche Bestätigung keine Schritte tun konnte, um die Verschärfung des Streiks durch eine Ausdehnung auf die Maschinisten und Heizer rückgängig zu machen.

Die Lage.

Gestern sind von 17 Firmen 1400 Kollegen neu in den Streik getreten. Die Zahl der Firmen, die die Forderungen anerkannt haben, hat sich auf 101 erhöht.

(Weitere Nachrichten Seite 3.)

Sozialistischer Außenhandel und Valuta.

W. K. Trotz der Revolution muß den Kapitalisten auch jetzt noch jedes Unglück des deutschen Volkes neuen Gewinn für ihre Taschen bringen. Solange der Kapitalismus herrscht — und wir stehen noch unter seiner diktatorischen Gewalt —, muß den kapitalistischen Unternehmern alles, aber auch wirklich alles zu ihrem Besten dienen. Die Valutadebatte in der Nationalversammlung hat das wieder trefflich enthüllt. Der gute Erzberger klagte und jammerte, daß die schlechte Valuta gegenwärtig Deutschlands größtes Unglück sei. Er schloß seinen Trauergesang mit dem immer wiederkehrenden Refrain: Nur Arbeit, Arbeit, Arbeit kann uns retten! Zwischendurch machte er jedoch Mitteilungen, die mit diesem letzten frommen Wunsch außerordentlich kraß im Widerspruch stehen. Er klagte deutsche Unternehmer an, daß sie die Erzeugnisse der deutschen Arbeit gegenwärtig im Ausland zu unnötig niedrigen Preisen verschleuderten. Diese Bemerkung ist von der Presse bisher nicht genügend beachtet worden; sie wird auch in den breiten Volksmassen nicht sofort klar verstanden.

Wie geht diese Schleuderei mit deutscher Arbeit im Ausland vor sich, und wie macht es der Kapitalist möglich, aus dem Unglück der schlechten Valuta für sich noch ein günstiges Geschäft zu machen? Valuta heißt Wert, und der Begriff bedeutet im Wirtschaftsleben die „Wertschätzung", die das deutsche Papiergeld im Ausland findet. Es ist bekannt, daß unser durch fünfjährigen Krieg ausgesogenes Land ungeheuer viel mehr einführen muß, als es ausführen kann. Da wir die überschießende Einfuhr nicht mehr laufend mit Goldgeld bezahlen können, so bleibt nur Bezahlung in Papiergeld übrig. Und wenn schon im Inlande das eigene deutsche Papiergeld nicht gerade hoch geschätzt und gewertet wird, so ist es nur zu begreiflich, daß das Ausland dem besiegten Deutschland für seine Papiermark noch weniger Vertrauen schenkt. Die Papiermark ist deswegen im Ausland durchweg nur noch 15 bis 20 Pfennige wert. Bedeutet das für unsere Einfuhr von vornherein eine Verteuerung jeder Ware, die man uns liefert, um das Fünf- bis Sechsfache, so steht es für die Ausfuhr deutscher Waren ins Ausland gerade umgekehrt. Trotzdem bei uns alles unter Teuerungsverhältnissen hergestellt werden muß, ist der deutsche Herstellungspreis, am jetzigen Wert des ausländischen Geldes gemessen, außerordentlich niedrig. Als einzelnes Beispiel zur Illustration sei nur erwähnt, daß ein Fabrikant dem Verfasser dieses Artikels kürzlich mitteilte, daß Destillierapparate modernster Form von Schweizern in Deutschland für 65 M. gekauft wurden, während französische Lieferanten für Apparate weniger moderner Konstruktion Beträge forderten, die, in deutsches Geld umgerechnet, 90 bis 105 M. ausmachten. Dabei versicherte der Fabrikant, daß er zwar ohne Kenntnis der französischen Preise, aber mit Rücksicht auf unsere schlechte Valuta schon eine „recht hohe Kalkulation" aufgestellt hätte, also sich einen tüchtigen Profit sicherstellte. Auf der Leipziger Messe konnte man im vorigen Monat ähnliche Beispiele in reichlicher Fülle in Erfahrung bringen. Als weiterer Beleg sei eine neue Meldung, die von Frankfurt aus durch die Zeitungen geht, angeführt. Es heißt da:

Die Solinger Stahlindustrie ist zur Zeit besonders gut beschäftigt. Wie wir erfahren, ist dies eine Folge der schlechten Valuta, die den Ausländern den Bezug deutscher Waren riesig verbilligt. Aus den entferntesten Ländern kommen gegenwärtig die Händler in Mengen herbei, besonders aus Brasilien, Uruguay, Chile, Mexiko usw. Sie sagen übereinstimmend aus, daß unsere Lieferungen sie sehr befriedigen und daß sie auf die deutsche Ware keinesfalls verzichten können.

Also Erzberger hat recht! Die deutschen Kapitalisten, soweit sie in der Lage sind, für die Ausfuhr zu produzieren, verschleudern deutsche Arbeitserzeugnisse zu billigsten Schundpreisen. Und sie machen trotz ihrer Klagen über hohe Arbeiterlöhne doch noch ein glänzendes Geschäft dabei. Auch Herr Erzberger weiß das, und er verlangt, daß die Fabrikanten nicht nach den niedrigen Inlandswert der deutschen Ware ihre Preise bemessen, sondern daß sie vom Ausland das Zwei- und Dreifache für die Erzeugnisse der deutschen Arbeit fordern. Die deutschen Arbeitserzeugnisse müssen nach dem Wert des ausländischen Geldes bezahlt werden, genau wie jede andere Ware auf dem Weltmarkt. Mit diesen höheren Preisen für die deutschen Arbeitserzeugnisse würden uns jenseits der Grenze Wertsummen geschaffen, für die uns das Ausland dann wiederum Rohstoffe und Lebensmittel im Austausch liefern würde, ohne daß wir weiteres Papiergeld schicken brauchten. Wenn nach diesem Verfahren bisher schon gehandelt worden wäre: wahrlich, es wär' gar schön gewesen! Aber haben Erzberger noch Moll

haben sie Macht dazu, eine solche Preispolitik von den Kapitalisten zu erzwingen, denn sie sind ja nur deren Diener. Und so bleibt es dabei, daß die Kapitalisten trotz schlechter Valuta sich d i e Preise kalkulieren, bei denen sie, jeder persönlich, laufend gute Geschäfte machen können. Genosse W u r m hat in der Nationalversammlung schon darauf hingewiesen, daß nur eine sozialistische Machtpolitik uns helfen kann, wobei er ausführte:

Wir werden nicht eher eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens bekommen, bis die Produktion nicht mehr Sache einzelner Kapitalisten ist, die den Arbeitsmarkt beherrschen und bestimmen, sondern die arbeitenden Massen selber die Produktion regeln, bestimmen und für sich den vollen Ertrag verwerten können. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Arbeitsfreudigkeit kann nur dann vorhanden sein, wenn die Arbeiterklasse sieht, daß sie nicht mehr für einen Fremden, für den Mehrwert-Erwerber, für den Kapitalisten arbeitet, sondern für sich selbst. Wir werden nicht eher in geordnete wirtschaftliche und politische Verhältnisse kommen, bis die Arbeiterklasse sehen wird, daß die Sozialisierung wirklich marschiert und nicht bloß an den Straßenecken reklamehaft ihren Marsch verkündet. Unsere Valuta ist abhängig vom Arbeitsmarkt.

Es wäre erwünscht gewesen, daß auch gleich praktisch gezeigt worden wäre, wie vorteilhaft ein sozialistischer Außenhandel in diesem Augenblick für uns wirken könnte. Nicht nur, daß von vornherein ein ganz anderer geregelterer Austausch erfolgt wäre und auch durch sozialistische Arbeitsfreudigkeit eine viel höhere Produktenmenge für die Ausfuhr zur Verfügung stände, es würde auch der gegenwärtige Valutastand direkt wirksamer ausgenutzt werden können. Selbstverständlich würden sozialisierte Industriezweige ihre Ausfuhrmöglichkeiten ohne innere persönliche Konkurrenzen im höchsten Maße im Allgemeininteresse auszunutzen bestrebt sein. Sie würden die für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Warenmengen in ihren Preisen bis an den jeweiligen Durchschnitt der Weltmarktpreise hinauf zu treiben versuchen und uns damit die höchste Möglichkeit verschaffen, daß die deutsche Arbeit nach ausländischem Wert in gleicher Höhe entschädigt wird wie ausländische Arbeit.

Dieser organisierte, planmäßige, sozialistische Außenhandel hätte den doppelten Vorteil, daß zunächst, wie schon oben gesagt, wir uns erhöhte Wertsummen im Ausland sicherten, für die uns das Ausland Rohstoffe und Lebensmittel zuführen würde, ohne daß wir durch Papiergeldbezahlung unsere Valuta noch weiter herunterzudrücken brauchten. Aber der zweite, für den Sozialismus noch wichtigere Vorteil wäre, daß wir den Gewinn, der durch die „hohe Kalkulation" den deutschen Fabrikanten zufließt, und auch teilweise die Gewinne der ausländischen Spekulanten, die mit der billig eingekauften deutschen Ware jetzt im Auslande Bombengeschäfte machen, der deutschen sozialistischen Gemeinschaft sichern könnten.

Das ist p r a k t i s c h e r S o z i a l i s m u s, der durchaus heute schon möglich wäre. Hatte doch die Sozialisierungskommission, der auch Rechtssozialisten und bürgerliche Professoren angehörten, schon im Januar die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als durchaus durchführbar und möglich bezeichnet. Die durch sie der Regierung vorgeschlagene Deutsche Kohlengemeinschaft wäre eine sozialistische Organisation gewesen, die in der eben geschilderten Weise ihren Auslandshandel hätte betreiben können. Für den Kohlenhandel hätten uns zwar gegenwärtig die eigene Not und die Bestimmungen des Friedensvertrages an solcher Ausnutzung der Valuta gehindert. Aber für die Art, wie in solchem Falle die geeignete sozialistische Organisation zu gestalten wäre, ist die vorgeschlagene Deutsche Kohlengemeinschaft ein anerkanntes Beispiel. Ganz ähnlich würde zum Segen des deutschen Volkes schon jetzt mit einer sozialisierten Kaliindustrie, Stickstoffindustrie, Elektroindustrie, Maschinenfabrikation und ähnlichen Erwerbszweigen, die jetzt noch von Kapitalisten ausgenutzt werden, gewirkt werden können.

Statt aber in dieser Weise sozialistisch ans Werk zu gehen und Deutschland so aus seinem Elend zu erlösen, geht es den Leuten von der alten Sozialdemokratie jetzt nach dem Sprichwörtlein: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß!" Haben sie sich nicht in der Sozialisierung zurechtgefunden, so finden sie im feindlichen kapitalistischen Getriebe noch viel weniger den ersehnten Weg zur Besserung. Die kapitalistischen Interessenten in der Regierung seifen ihre sozialistischen Freunde nicht nur gehörig ein, sie verstehen es auch, sie noch gehörig über den Löffel zu barbieren. Und wenn Teile der Bevölkerung dieses anmutige Spiel nicht weiter geduldig mit ansehen mögen, so läßt man gegen sie die Noskegewalten los, die dann wie Stiere im Porzellanladen wüten, um vollends den Rest der deutschen Wirtschaft in Grund und Boden zu ruinieren.

Postetat.

Ohne Debatte wurde gestern in der N a t i o n a l v e r s a m m l u n g der d e u t s c h - p o l n i s c h e V e r t r a g über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit in allen drei Lesungen erledigt. Auch der Haushalt des Reichspräsidenten lockte keinen Redner auf den Plan. Unsere Fraktion wird bei der dritten Lesung ihre Stellung darlegen. Dann aber setzte eine kleine Sturzflut von Reden zum Postetat ein. Genosse Z u b e i l hat seit vielen Jahren den Sorgen und Wünschen der Postangestellten im Parlament Ausdruck gegeben. Er tat es auch gestern mit Hingabe. Angesichts der am 1. Oktober so stark erhöhten Postgebühren — 400 Millionen Mark hat das Publikum mehr zu zahlen — dürfe die alte Pünktlichkeit nicht mehr auf sich warten lassen. Sparsamkeit sei es nicht, wenn teilweise drei Direktoren in den Aemtern säßen. Die Gehälter müßten bedeutend erhöht werden; heute werden noch Hungerlöhne und -Gehälter gezahlt. Das Dienstalter müsse herabgesetzt werden. Auch höhere Postbeamte können immer noch nicht von den Gewohnheiten der alten Bureaukratie lassen. Die Bespitzelung von Abgeordneten und anderer, im öffentlichen Leben stehender Personen werde immer noch fortgesetzt.

Endlich bringt Genosse Zubeil noch zur Sprache, daß es dem B e r l i n e r V o l l z u g s r a t nicht möglich ist, eine V e r l e g u n g v o n F e r n s p r e c h a n s c h l ü s s e n zu erzielen, weil das Fernsprechamt 3 Schwierigkeiten über Schwierigkeiten macht. Wenn es von abhanden gekommenen Apparaten spricht, so sollte es sich an die Reichswehr wenden; der Vollzugsrat hat sie nicht verschwinden lassen.

Neben Zubeil sprachen ein paar Postbeamte. Der Rechtssozialist S t e i n k o p f brachte Klagen über ungerechte Entlassungen vor. Er versicherte, daß seine Partei vom Streikrecht und von der Abschaffung der Personalakten nicht lassen würde. Der Zentrumsmann K o c h stellte fest, daß 20—25 Mark Lohn pro Tag für einen Arbeiter so auch für den Beamten nicht zu viel sei.

Der Eselsfußtritt.

Der Zentralrat erntet jetzt den Lohn für seine fruchtlose Tätigkeit. Seine besten Freunde versetzen ihm den Eselsfußtritt. Das „B e r l i n e r T a g e b l a t t" meint zu der Bekanntmachung des Zentralrats, er gebe damit zu, daß er überflüssig geworden ist. Das Blatt schreibt weiter:

Soweit es künftig überhaupt noch Arbeiterräte geben wird, werden sie n i c h t m e h r k r a f t r e v o l u t i o n ä r e n R e c h t s, sondern auf Grund der im Entstehen begriffenen Reichsgesetze über die Betriebsräte und die Wirtschaftsräte bestehen. Daß für die Uebergangszeit die heute noch v o r h a n d e n e n A r b e i t e r r ä t e aufrecht erhalten werden sollen, ist n i c h t m e h r a l s e i n f r o m m e r W u n s c h d e s Z e n t r a l r a t s. Ebenso hat es nichts zu bedeuten, wenn er noch am Grabe seiner Daseinsberechtigung die Hoffnung auf die „K a m m e r d e r A r b e i t" aufpflanzt. Für dieses Konkurrenzgebilde war neben der Nationalversammlung nie Platz; es wird jetzt, wo der Artikel 165 der Reichsverfassung bereits in seiner Verwirklichung begriffen ist, v o l l e n d s u n m ö g l i c h. Das Rätesystem ist in erster Reihe an den übertriebenen Forderungen der radikalen Linken zerbrochen; aber man wird auch den Zentralrat mit seiner schwächlichen und einseitigen Tätigkeit von Schuld nicht freisprechen können. Es wird Zeit, daß er seine fruchtlose Arbeit einstellt.

Also noch nicht einmal der fromme Wunsch des ...rats auf die Kammer der Arbeit soll in Erfüllu... Das kapitalistische Bürgertum glaubt, daß jetzt end... Zeit für eine die Neugestaltung des wirtschaftli... politischen Lebens vorüber sei. Wenn es den Ban... Zentralrats als Beweis dafür anführt, so wird es ... erfahren müssen, daß dieser Beweis nicht stichhaltig ... revolutionäre Arbeiterschaft hat das Dasein des ... nie als den Maßstab ihrer Kraft angesehen und so ... sein Verschwinden nicht als ein Zeichen ihrer Sch... trachtet werden. Unabhängig von den Hoffnungen ... geoisie wird das Proletariat die Organisation ... wickeln, die es zur Verwirklichung des Sozialismus ... wendig hält.

Das Münchener Todesurteil voll...

München, 15. O...

Das T o d e s u r t e i l gegen den Geiselmörder Se... stätter wurde nachmittags um 2½ Uhr im Gefängnis... heim durch Erschießen v o l l s t r e c k t.

Die bürgerliche Gesellschaft hat aufs neue Blut ... Ihr Haß gegen das Proletariat hat von neuem ein Me... gefordert, und ihre rechtssozialistischen Schergen beeilten ... Befehle zu gehorchen.

Ob der Tote am Geiselmord schuldig war, wis... nicht, und niemand kann es wissen, denn die Justi... München geübt wurde, hat nichts getan, um die furcht... schehnisse w i r k l i c h a u f z u k l ä r e n. Selbst wenn er ... lich schuldig war, so war die Tat — und hierauf wiesen ... bei dem ersten Geiselmordprozeß hin — e i n e T... A f f e k t s, hervorgerufen durch die Nachrichten von der ... metzelung der Kameraden und Genossen durch die Weißen ... Es wäre nicht nur sozialistische Pflicht allein, die sich ... Vollstreckung j e d e s Todesurteils wenden muß, sondern ... Menschenpflicht gewesen, dem Tendenzspruch des Ge... Bestätigung zu verweigern. Doch jene Machthaber, die ... auffallende „Milde" gegen die Mörder der Führer des ... Proletariats an den Tag legen, sie sind die geborene... langer, wenn es sich um die Taten von Leuten handelt, ... den Revolutionären zurechnet.

Aus Oberschlesien.

Eigene Drahtmeldung der „Freihei..."

Kattowitz, 15. O...

Der B e l a g e r u n g s z u s t a n d ist im Regier... O p p e l n g e m i l d e r t worden. Oeffentliche Versa... sind nur genehmigungspflichtig, wenn sie unter freiem ... stattfinden, müssen aber der Polizei mitgeteilt werden. ... l o k a l e n G r e n z g e b i e t e n ist dagegen der B... r u n g s z u s t a n d v e r s c h ä r f t worden. Es treten ... B e s t i m m u n g e n d e s S t a n d r e c h t e s in Kraft.

Gleiwitz, 15. O...

Offiziere der Marinebrigade III verteilten laut ... Meldungen im oberschlesischen Industriebezirk a... t i s c h e F l u g b l ä t t e r, indem sie von Ort zu Ort umherfuhren.

Hindenburg, 15. O...

Der Wahlkampf ist bereits in den oberschlesisch... entbrannt. Es ist mit einer großen Stimmenzersp... rechnen.

Die amerikanische Besatzung für Oberschl...

T.U. Oppeln, 15. O...

Nach einem hier eingetroffenen Telegramm des ... kopfes Köln ist, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt ... Stadt O p p e l n vom Chef der amerikanischen Mi... fordert worden, für ein Kommando der amerikanisch... Q u a r t i e r e und B u r e a u r ä u m e für die Zeit ... 31. Dezember zur Verfügung zu stellen. Das Komm... bis zu dieser Zeit in Oberschlesien stationiert werden ... Transport der Besatzungstruppen von Koblenz weite...

10)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Z u r M ü h l e n.

Da gab es zum Beispiel die Familie Forster. Man hätte schwerlich gütigere Menschen finden können. Sie standen „gesellschaftlich" hoch über Jimmie, besaßen ein eigenes Haus, wohlgefüllte Bücherschränke, hohe Stöße Noten; als Jimmie jedoch neulich sie in einer Parteiangelegenheit aufsuchte, hatte sie ihn genötigt, zum Abendessen zu bleiben. Die Familie bestand aus dem Vater, der Mutter, einer mageren, müden, kleinen Frau mit liebem, freundlichem Gesicht, vier heranwachsenden Töchtern, netten, sanften, stillen Mädchen, und außer Emil aus noch zwei jüngeren Söhnen. Auf den Tisch kam Rindfleisch, eine Schüssel dampfender Kartoffeln, eine Schüssel Sauerkraut und ein merkwürdiger Pudding, wie ihn Jimmie noch nie gegessen hatte. Nach dem Essen wurde Musik gemacht, die ganze Familie liebte Musik über alles und hätte am liebsten die ganze Nacht musiziert. Der alte Hermann Forster hob dabei das dicke, schwarzbärtige Gesicht mit einer verzückten Miene, als sähe er den Himmel offen. Und von solchen Leuten wollte man Jimmie glauben machen, sie spießen mit Bajonetten kleine Kinder auf, oder vergewaltigten Mädchen und hackten ihnen nachher die Hände ab!

Oder wenn Jimmie an seinen Nachbarn, den Genossen Meißner, dachte, diese gutmütige, kleine Plaudertasche. Meißner war Vorarbeiter in der Glasfabrik und beaufsichtigte etwa ein Dutzend Frauen aller Rassen beim Verpacken der Flaschen. Seine blaßblauen Augen feuchteten Tränen, wenn er erzählte, wie er die Frauen antreiben mußte, selbst wenn sie krank oder schwanger waren! Und es waren ein amerikanischer Oberaufseher und ein amerikanischer Unternehmer, die ihm dies befahlen — keine deutschen! Der kleine Mann konnte seine Stellung nicht aufgeben, weil er eine Schar Kinder hatte und eine stets kränkelnde Frau; niemand wußte recht, was ihr fehlte, doch verschlangen ihre Arzneien das ganze Geld der Familie. Bisweilen ging Lizzie Higgins sie besuchen, und die beiden Frauen tauschten Ansichten über Krankheiten und den Preis der Lebensmittel aus. Inzwischen kam Meißner zu Jimmie, der die Babys hütete, und die beiden besprachen pfeiferauchend die Diskussionen zwischen den „Politikern" und den „Aktivisten" der Ortsgruppe. Und nun sollte Jimmie glauben, Männer wie Meißner stellen belgische Frauen an Kirchenmauern und benützten sie als Zielscheibe für ihre Kugeln!

IV.

Als jedoch Wochen vergingen und viele der Greuel sich bestätigten, mußte Jimmie in die zweite Verteidigungslinie zurückweichen: vielleicht ist es wahr, doch sind alle Heere gleich. Jemand wiederholte Jimmie den Ausspruch eines berühmten Generals: „Der Krieg ist eine Hölle!" Und dies gefiel Jimmie; dies war es, was er glauben wollte. Der Krieg ist eine Rückkehr zur Barbarei, je entsetzlicher er wurde, desto mehr ward Jimmies Argument gerechtfertigt. Die Art der Kriegsführung interessierte ihn nicht, es war ihm gleichgültig, ob man Menschen so oder so töte.

All diese Ideen erhielt Jimmie von den Genossen der Ortsgruppe, oder er schöpfte sie aus den sozialistischen Wochenschriften und den Worten der vielen Redner, die er anhörte. Diese Redner waren Männer und Frauen von glühender Aufrichtigkeit, von ausgesprochenen logischen Ansichten. Ob sie nun über Krieg, Verbrechen, Prostitution, politische Korruption oder andere soziale Uebel sprachen, stets stellten sie die Forderung auf, man müsse den alten, verfaulten Bau zerstören und an seiner Stelle einen neuen, sinnvollen errichten. Es gab vielleicht geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen kapitalistischen Regierungen, kam es jedoch zu einer praktischen Folgerung, zur Tat, so waren alle Regierungen gleich — besonders in Kriegszeiten.

Nie noch war der Protest der Sozialisten derart vonnöten gewesen! Schon jetzt war es ersichtlich, wie schwer es Amerika fallen würde, nicht in den Weltwirbel hineingezogen zu werden. Weil die amerikanischen Arbeiter einen Hungerlohn erhielten und ihre eigenen Erzeugnisse nicht zu kaufen vermochten, ergab sich eine Ueberproduktion, die auf fremden Märkten losgeschlagen werden mußte: die Geschäfte der amerikanischen Fabrikanten hingen von fremden Märkten ab. Und nun stürzten sich plötzlich die hauptsächlichsten Handelsnationen der Welt auf die amerikanischen Erzeugnisse und versuchten jeden Einkauf ihrer Feinde zu verhindern.

Eine Rednerin kam nach Leesville, — ein kluges, kleines, scharfzüngiges Frauenzimmer —, die diese Handelsstreite als Dialog, wie in einem Schauspiel, wiedergab. Kaiser Bill sagte: „Ich brauche Baumwolle." ... schreit: „Du sollst sie nicht haben!" Onkel Sam ... hat ein Recht darauf, pack dich, John Bull!" ... Bull entgegnet: „Ich werde deine Schiffe kapern ... in meine Häfen schleppen!" Onkel Sam sagt: „... tu' das nicht!" John Bull tat es aber dennoch. ... der Kaiser: „Du bist ein feiner Gesell! Läßt dir ... Bull die Schiffe stehlen! Bist du ein Feigling, oder ... vielleicht insgeheim ein Freund dieses alten ... Und Onkel Sam fordert: „John Bull, gib wenigst... deutsche Post und meine deutschen Zeitungen heraus ... Bull jedoch antwortet: „Du hast zu viele deutsch... in deinem Land, deshalb kann ich deine Post nicht ... geben. Die deutschen Zeitungen bekommst du nicht, ... Kaiser sie mit Lügen über mich anfüllt." Der Ka... „Wenn John Bull mich hindert, Baumwolle und ... bekommen, warum fährst du fort, ihm Sachen zu ... Er überlegt eine Weile und fügt dann hinzu: ... nicht aufhörst, dem alten Schurken Sachen zu schick... ich ganz einfach die Schiffe versenken." „Das verb... das Gesetz!" ruft Onkel Sam. „Welches Gesetz?" ... Kaiser. „Was ist das für ein Gesetz, das nur für ... tei Gültigkeit hat?" „Aber es sind Amerikaner ... Schiffen!" brüllte jetzt Onkel Sam. „So verhindere ... die Schiffe zu gehen," lautet des Kaisers Antwort, ... hindere sie daran, bis John Bull gelernt hat, ... zu gehorchen."

Derart dargestellt, fiel es Jimmie Higgins ... Lage zu verstehen und mit jedem Monat stärkte ... Standpunkt mehr und mehr. Was ging es ihn an, ob ... wolle oder Fleisch nach England gesandt wird. Er ... wenn er selbst zweimal wöchentlich ein Stück Fleisch ... und sah ein, daß es der Fleischbesitzer, wenn er es ... Ausland versenden konnte, in Amerika zu einem ... Proletarier erschwinglichen Preis verkaufen mu... war von Jimmie nicht bloße Gefräßigkeit, er war ... men bereit, auf Fleisch zu verzichten, wenn es sich ... Ideal handelte — gab er doch von Herzen gerne ... Geld und Energie für den Sozialismus. Nein ... durch, daß man nach Europa Waren sandte, unter... den Krieg, verweigerte man jedoch diese, so ... Narren zur Vernunft kommen. Derart fanden ... Higgins ihre Lösung: „Hunger, den Krieg und ... Amerika!"

(Fortsetzung ...)

Der Streik der Metallarbeiter.

Die Streikleitung teilt mit, daß Kollegen, die sich bereits drei Wochen im Streik befinden, aus den Sammlungen eine einmalige Extrazuwendung von 5 Mark erhalten. Aus diesen Mitteln werden weitere 10 Mark an diejenigen Kollegen gezahlt, die sich schon vier Wochen im Streik befinden. Die Auszahlung dieser Zuwendung wird ebenso vorgenommen, wie die Auszahlung der ersten 5 Mark Zuschuß.

Sympathiekundgebung sozialistischer Künstler.

Die Sozialistische Künstler-Genossenschaft wird in dieser Woche eine Auktion von Kunstwerken vornehmen, deren gesamter Erlös für die kämpfenden Metallarbeiter Verwendung findet. Desgleichen wurde uns von dieser Genossenschaft folgende Resolution übersandt:

„Die sozialistische Künstler-Genossenschaft spricht den streikenden Genossen der Metall-Industrie ihre Solidarität und ihr Interesse an einem erfolgreichen Ausgang des Kampfes aus und hofft Mittel und Wege zu finden, ihren handarbeitenden Klassengenossen auch materielle Hilfe zuwenden zu können.

Die proletarischen Künstler senden den Genossen des Metallarbeiter-Proletariats ihre Grüße in dem Bewußtsein, daß die Zukunft die Bresche erweitern wird, die durch diese Kundgebung in die Mauer gelegt ist, die Künstler und Handarbeiter bisher trennte.

Gewerkschaftskommission der Groß-Berliner Gewerkschaften.
Die Fünfzehnerkommission.

*

Streiknachrichten.

Miz u. Genest. Donnerstag, den 10. Oktober, 1 Uhr: Vertrauensmänner-Konferenz b. Ostpreußen. Freitag: Unterschreiben der Quittungen in den bekannten Lokalen, 8—12 Uhr.

Hochdruckmonteure und Helfer. Die in den Hochdruckbetrieben beschäftigten Hochdruckmonteure und Helfer haben sofort in den einzelnen Werkstattversammlungen jedes Betriebes zur Streikbewegung im Rohrlegergewerbe Stellung zu nehmen. Die Abstimmungen sind in den einzelnen Betrieben geheim vorzunehmen und ist zum Eintritt in den Streik eine Dreiviertelmajorität erforderlich. Wir erwarten von allen Kollegen unbedingte Solidarität. Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins

N. Frister A.-G., Oberschöneweide. Freitag, 12 Uhr mittags, Betriebsversammlung, Tabberts Waldschlößchen. Erscheinen dringend notwendig.

Daimler, Marienfelde. Kontrollkarten Nr. 1 bis 352, Donnerstag, den 10. d. M., unterzeichnen bei Brumm, Reichert-, Ecke Geneststraße. Freitag, mittags 12 Uhr, Betriebsversammlung im Speisesaal. Funktionäre um 10 Uhr. „Sperlingslust". Die Streikleitung.

Albatros, Johannisthal. Freitag früh 10 Uhr, Versammlung im Lindenhof, Johannisthal. Der Obmann der Streikleitung.

Autogen-Werke Lichtenberg. Versammlung am Sonnabend, den 18. Oktober, nachmittags, 3 Uhr, Schulaula, Parkaue. Dortselbst Auszahlung der Streikunterstützung. Die Streikleitung.

Hüttenwerke A. Meyer, Tempelhof. Streikversammlung, Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Spletzer, Tempelhof, Berliner Str. 77, Streikquittung unterschreiben, Streikkarten abgeben zwecks Extra-Unterstützung aller Verbände. Der Obmann.

Erich u. Gratz. Die Betriebsversammlung findet Donnerstag mittags 12 Uhr statt. Die Quittungen müssen am Donnerstag unterschrieben sein, Freitag Geldempfang. Die Streikleitung.

Orenstein u. Koppel, Spandau. Am Sonnabend, den 18. 10., findet von 10—11 Uhr die Restlohnzahlung im Betriebe statt. Um 2 Uhr findet am gleichen Tage eine Betriebsversammlung bei Schwabe, Seegefelder Straße, statt. Die Streikleitung.

*

An die Zimmerer Groß-Berlins!

Der Beschluß der Gewerkschaftskommission vom 8. d. M., die Streikenden im Metallgewerbe durch wöchentliche Extrabeiträge zu unterstützen, ist auch für uns maßgebend. Es ist Pflicht eines jeden Zimmerers, von seinem Vertrauensmann auf der Arbeitsstelle oder vom Bezirkskassierer Extramarken wöchentlich zu nehmen. Die Gelder sind sofort im Bureau abzuliefern.

Kameraden! Durch den Streik im Metallgewerbe sind von unserer Organisation bis jetzt 265 Kameraden betroffen worden. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl im Interesse der Gesamtbewegung.

Den streikenden Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, die Streikunterstützung wöchentlich vom Bureau, und zwar Sonnabends vormittag bis 12 Uhr, abzuholen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Drake sprach Schlicke zum Berliner Streik. Er ließ dabei die schlimmsten Vorwürfe Auschs unbeantwortet. Seit Jahren sei er Anhänger der Tarifverträge. Daß er sich im Berliner Kampf auf den Boden des Tarifvertrags gestellt habe, sei sein ganzes Verbrechen. Der schwerste Fehler sei gewesen, daß die Berliner den Unternehmern ein Ultimatum gestellt hätten. Schlicke bestreitet, die Absicht gehabt zu haben, einen parteiischen Schiedsrichter zu ernennen. Er sei in dem Streik nie untätig gewesen, deshalb werde er von Auschs Vorwürfen nicht berührt. Der Zeitpunkt für den Streik sei denkbar ungünstig. Die Berliner suchen einen Prügelknaben, das solle der Verbandsvorstand sein. Schlicke habe die Absicht gehabt, von seinem Amte als Verbandsvorsitzender zurückzutreten, er wolle es nun aber auf die Entscheidung der Generalversammlung ankommen lassen.

Die Taktik im Berliner Kampf wird heute in geschlossener Sitzung beraten.

Die Schiffssperre in der Ostsee.

Berlin, 15. Oktober.

Offiziös wird mitgeteilt: Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erstreckt sich die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer. Derartig schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem aber bei der betroffenen, an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigte Erbitterung hervorzurufen.

Es bedeutet eine völlige Verschiebung der Tatsachen, wenn die offiziöse Mitteilung die berechtigte Erbitterung des deutschen Volkes auf die Zwangsmaßnahmen der Entente ablenken will. Wer ist schuld daran, daß es soweit gekommen ist? Die deutsche Regierung, die das frevelhafte Spiel der deutschen Soldateska im Baltikum viele Monate lang geduldet und gebilligt und dadurch erst den Druck der Entente hervorgerufen hat. Mit Recht wird sich des deutschen Volkes Erbitterung darüber bemächtigen. Aber sie muß sich gegen die wirklich Schuldigen richten, und das sind die deutschen Militärs, die das Baltikum zu einem Herde der Konterrevolution gemacht haben, und die deutsche Regierung, die dem tatenlos zugesehen hat.

Sechs deutsche Handelsschiffe beschlagnahmt.

Amsterdam, 15. Oktober.

„Telegraaf" meldet aus London, daß der britische Torpedobootszerstörer „Westcott" während der letzten zwei Tage sechs deutsche Handelsschiffe nach Reval eingebracht hat.

Finnland will mit Sowjetrußland nicht verhandeln.

Helsingfors, 15. Oktober.

Die finnische Regierung befaßte sich mit dem Friedensangebot Räterußlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Ein neuer „Aufruhr"-Prozeß wegen der Vorwärtsbesetzung im Januar.

Am vorigen Donnerstag begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts I der Prozeß gegen Ostermann und Genossen wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs. Angeklagt sind 1. der Monteur Willi Ostermann, 2. der Schneidermeister Friedrich Haberland, 3. der Kunstgewerbler Friedrich Braß, 4. der Mechaniker Walter Haase, 5. der Kaufmann Willi Pierot, 6. der Monteur Willi Wollny.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Jepp, die Anklage vertritt Staatsanwalt Gisae, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Rosenfeld, Dr. Weinberg, Dr. Boenheim und Dr. Halpert.

Die Angeklagten gehörten im Januar zur revolutionären „Vorwärts"besatzung und werden von der Staatsanwaltschaft, mit Ausnahme des Wollny, der Rädelsführerschaft beschuldigt. Sie befinden sich schon neun Monate in Untersuchungshaft. Der Angeklagte Haase wird noch der Geheimbündelei wegen seiner Teilnahme am Roten Soldatenbund beschuldigt.

Der Angeklagte Haberland, der Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats von Neukölln war, hatte von seinen Parteigenossen den Auftrag, dafür zu sorgen, daß die Maschinen im „Vorwärts" nicht beschädigt, und daß Diebstähle und Plünderungen verhindert werden. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß ihm die gefangenen Offiziere zur Vernehmung vorgeführt worden seien, erklärt Haberland: Er sei Gegner jeder Gefangennahme gewesen, es könne keine Rede davon sein, daß er bei seiner Gesinnung die Offiziere als Geiseln behandelt wissen wollte. Auf Grund einer angeblichen Liste wird der Angeklagte beschuldigt, die Leitung der Finanzen gehabt zu haben. Die Verteidiger Dr. Rosenfeld und Dr. Halpert verlangen die Vorlegung der Liste. Es zeigt sich, daß es sich um einen Entwurf handelt, von dem noch nicht einmal feststeht, von wem er angefertigt ist und ob er im „Vorwärts" vorgefunden wurde. Rechtsanwalt Weinberg weist noch besonders auf die Mitwirkung des berüchtigten Regierungsspitzels Roland hin, der auch hier seine Hand im Spiele gehabt hat. Bei seiner Gefangennahme ist Haberland von einem Regierungssoldaten mit vorgehaltenem Revolver

gezwungen worden über eine Leiche zu schreiten.

Als er sich zunächst weigerte, hat nur der angsterfüllte Ruf seines Sohnes „Vater" den Soldaten veranlaßt, von seiner Niederschießung abzusehen.

Der Angeklagte Ostermann erklärt, daß er nur mit der Lebensmittelversorgung zu tun gehabt hat. Das Protokoll beim Untersuchungsrichter enthalte nicht seine eigenen Angaben, sondern sei eine Zusammenstellung fremder Aussagen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, warum er das Protokoll unterschrieben habe, greift der Angeklagte Braß ein und erklärt, er müsse es zur Kenntnis der Geschworenen bringen, daß auch seine Unterschrift zu dem Protokoll dadurch erpreßt worden sei, daß man ihm sagte, er würde solange in Haft bleiben bis er unterschrieben habe. Siebzehn Morde seien ungesühnt geblieben. Hier im Hause sind zwei Menschen verschwunden und die Staatsanwaltschaft hat es unterlassen, den Mord zu verfolgen. Drüben in der Lehrter Straße hat man ganze Autos mit Leichen weggefahren und ins Wasser geschmissen. Jetzt habe man ihm sein Beweismaterial aus seinem Notizbuch weggenommen. Der Vorsitzende teilt mit, daß er auf die Beschwerde des Angeklagten sich mit dem Direktor des Untersuchungsgefängnisses in Verbindung gesetzt und daß auch dieser die Wegnahme für unzulässig erklärt habe.

Der Angeklagte Braß erklärte ferner bei seiner Vernehmung, er sei während des Krieges dreieinhalb Jahre lang in russischer Gefangenschaft gewesen, aber die Haft in der Moabiter Strafanstalt sei durch die Anwesenheit der Nosketruppen noch

schlimmer gewesen als die Kerkerhaft des Zarismus.

Er hielt den „Vorwärts" für das rechtmäßige Eigentum der revolutionären Berliner Arbeiterschaft.

Der Angeklagte Pierot war in den „Vorwärts" gegangen, um sich schriftstellerisch zu betätigen. Er wurde zum Führer der zweiten Kompagnie gewählt. Bei der Uebergabe wollte er sich den sechs Parlamentären, die von den Regierungstruppen ermordet wurden, anschließen, doch wurde er zu seinem Glück daran gehindert.

Der Angeklagte Haase kam nach der Revolution zum Roten Soldatenbund, in dessen Bureau er arbeitete. Am 6. Januar verlegten sie, weil sie einen Ueberfall der Regierungstruppen fürchteten, einen Teil des Bureaus in den „Vorwärts" unter den Schutz des revolutionären Proletariats. Als die Lage des Ullsteinhauses bedenklich wurde, gelang dem berüchtigten Polizeispitzel Roland ein niederträchtiger Schurkenstreich. Roland entlockte dem Haase einen schriftlichen Befehl, daß die Mannschaft des Ullsteinhauses das Gebäude räumen, aber vorher die Maschinen zerstören und die Setzkästen umschütten sollten. Bei der Erstürmung des „Vorwärts" hat Haase Verwundete ins Lazarett geschafft. Auf dem Transport zur Kaserne wurden die dreihundert Gefangenen furchtbar mißhandelt. Haase sagte: In meiner Haft habe ich einanderes Bild von der Welt bekommen. Ich hatte geglaubt, daß die sozialdemokratischen Minister sich der politischen Gefangenen annehmen würden, aber es kam nur ein Herr, dem ich vorgestellt wurde, oder richtiger, man führte mich ihm als wildes Tier vor. Diese Leute, mit denen wir jahrelang um die gleichen Prinzipien gekämpft hatten, die unsere Brüder sein wollten, zu denen wir du sagen könnten, ließen es zu, daß wir auf diese schreckliche Art

mißhandelt und gepeinigt

wurden.

Der Angeklagte Wollny war im Marstall für den Sicherheitsdienst angeworben worden und hatte den Auftrag erhalten, dreißig Mann der Schwarzkopfwerke nach dem „Vorwärts" zu bringen. Im „Vorwärts" wurde er in den Zehnerrat gewählt und erhielt den Auftrag, für die Heranschaffung von Proviant zu sorgen. Sein ganzes Auftreten bei der Requisition zeigt, daß ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit vollkommen gefehlt hat.

Die weitere Vernehmung des Angeklagten Wollny führt zu der Feststellung, daß die „Vorwärts"-Besatzung durch einen

gefälschten Bericht des Regierungsspitzels Roland

veranlaßt wurde, zwei Automobile mit Bewaffneten nach der Wilhelmstraße zu senden, wo nach der Lügenmeldung des Roland die Redaktion der „Roten Fahne" von Freiwilligen besetzt sein sollte.

Die Anklage der Geheimbündelei gegen Haase führt zu einer Erörterung der Tätigkeit des Roten Soldatenbundes. Es wird das freisprechende Urteil der VII. Strafkammer in Sachen Fröhlich und Genossen mit der Begründung verlesen.

Es wird sodann über ein Dokument verhandelt, das in der Voruntersuchung verschwunden sein soll, des Inhalts, daß die Volksbeauftragten die „Vorwärts"-Besatzung als kriegführende Partei anerkannt hätten. Auf Antrag der Verteidiger beschließt das Gericht, hierüber den ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann zu hören, der auf Freitag vormittag 9 Uhr geladen wird. Ferner wird der Spitzel Roland geladen, der über seine Tätigkeit als Agent-Provokateur zur Rede gestellt werden soll. Er soll bekunden, daß er am 5. Januar einen bewaffneten Haufen gebildet und nach dem „Vorwärts" geführt habe, daß er dort zu Widerstand und Gewalttätigkeiten aufgefordert, daß er eigenmächtig Waffen und Schreibmaschinen requiriert und in das Bureau des Roten Soldatenbundes gebracht habe.

In der Beweisaufnahme bekundet als erster Zeuge Gärtner Look, daß Haberland von der Besetzung des „Vorwärts" und von jedem gewaltsamen Widerstand abgeraten habe. Die gegenteiligen Behauptungen der Anklage sind unwahr. Der Zeuge weist in mehreren Fällen nach, daß seine Aussagen bei Haberland und Braß vom Untersuchungsrichter gegen seinen wiederholten Protest in dem unwahren Sinn der Anklage verwendet worden seien. Die Zeugen Kraftfahrer Haaß und Leutnant v. Eckenbrecher sind im „Vorwärts" gefangen gewesen. Leutnant v. Eckenbrecher bekundet, daß er von der Besatzung sehr gut behandelt worden sei.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Noske als Zeuge.

Am 25. September stand vor dem Schöffengericht von Lichterfelde eine Verhandlung wegen angeblicher Beleidigung von Nosketruppen an. Der Beklagte nannte den Reichswehrminister Noske als Zeugen für seine Angabe, daß sich besonders im Anfange dieses Jahres die schlechtesten Elemente bei den Regierungstruppen befunden hätten. Herr Noske hat nun mitteilen lassen, daß ihm die Reichsbehörde die Genehmigung, als Zeuge aufzutreten, versagt habe. Wenn er aber doch Zeugnis ablegen müsse, so solle das in seiner Wohnung geschehen.

Noske hat also nichts gemein mit jenen gewöhnlichen Sterblichen, die vor dem Zeugenstand des Gerichts erscheinen müssen, wenn man ihrer Aussage bedarf. Er nimmt für sich das Privilegium gekrönter Häupter in Anspruch, das man seit dem November 1918 beseitigt glaubte. Dafür ist er auch der hervorragendste Beschützer aller demokratischen Freiheiten.

Ein Schulskandal in Essen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Essen sind die Genossen Oberlehrer Dr. Jacobs und Siemsen der Gegenstand einer wüsten und schamlosen Hetze geworden. Dr. Jacobs hatte auf Wunsch von Primanern Zusammenkünfte von Schülern der oberen Klassen der höheren Lehranstalten abgehalten, in denen unter Ausschluß parteipolitischer Momente über die Verfittlichung und Erneuerung der Jugend und Jugenderziehung gesprochen wurde. Selbstbesinnung und größere verantwortungsbewußte Selbstbestimmung der Jugend, die innerlich tief unbefriedigt von der alten haß- und lügenerfüllten Welt ist und einen Teil der Schuld auf die falsche Erziehung schiebt, war das Ziel, das Mittel, eine Umgestaltung der Erziehung. Man wollte in einer Schülerversammlung die Schüler der oberen Klassen mit dieser Jugendbewegung bekannt machen.

Sobald nun die Sache bekannt wurde, setzte eine mit allen Mitteln arbeitende Hetze gegen die Bewegung, sowie gegen die Genossen Dr. Jacobs und Siemsen ein, und das Ergebnis war, daß die Versammlung durch einen Teil der aufgehetzten Jugend zu einem wüsten Skandal gemacht wurde. Die nächsten Tage brachten dann von Verleumdungen, gehässigen Angriffen und Unwahrheiten wimmelnde Artikel der bürgerlichen Presse. Das pöbelhafte Verhalten eines Teiles der Jugend wurde als „gesunder Sinn" gelobt, eine erfundene Verprügelung der Anhänger der entschiedenen Jugendbewegung gepriesen und die aufgehetzten Bürschchen unverhüllt aufgefordert, gegen die politisch verhaßten Lehrer ebenso zu verfahren.

Durch die Hetze, von Direktoren, Presse, Zentrum, kurz vom ganzen reaktionären Klüngel betrieben, ist eine wahre Pogromstimmung erzeigt worden. Man hat die Eltern in die größte Erregung dadurch gebracht, daß man aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen, die mit der Essener Jugendbewegung gar nichts zu tun haben, der Essener Bewegung anhängt und nun schreit, diese Bewegung und ihre „Hintermänner" predigten Haß gegen Lehrer und Eltern, sie forderten die freie Liebe, und was des Unsinns mehr ist. Natürlich wird nach bewährtem Rezept die Bewegung als bolschewistisch bezeichnet, was auch die beabsichtigte Wirkung hervorrief. Eine Elternversammlung hat bereits die Entlassung von Dr. Jacobs gefordert, ohne ihn überhaupt zu hören.

Der Bezirksverband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen hat sich bereits an den Minister gewandt und dessen Einschreiten gefordert. Weiter soll eine große Protestversammlung in Essen stattfinden.

Zu Kautskys 65. Geburtstag
von Friedrich Adler
mit einem Jugendbild Kautskys
Freie Welt Heft 22

Eleganz + Wärme

das Angenehme mit dem Nützlichen

verbinden in einer durchaus idealen Weise unsere

Plüsch- und Astrachan-Mäntel.

Ihr anschmiegendes, jeder Kälte trotzendes Gewebe, der seidenartige, bestechende Glanz ihres Stoffes und ihr elegantes, jedem Gesicht schmeichelndes Aeußere geben ihnen unzweifelhaft einen Vorrang unter allen Mänteln. Dazu kommt, daß Sie bei uns auch diese Mäntel – wie alles andere – sehr preiswert kaufen können!

C&A

Königstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Opernhaus 6 Uhr: Figaros Hochzeit.

Schauspielhaus 6½ Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Theater Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Cymbeline.

Kammerspiele 8 Uhr: Nlu.

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 7 Uhr: Ein Traumspiel. Freitag: Ein Traumspiel. Sonnabend: Ein Traumspiel. Sonntag nachm.: Musik. Abends: Ein Traumspiel. Montag: Kabale u. Liebe.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. 8 Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater 7½ Uhr: Bummel-Studenten.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Schneewittchen. Täglich 8 Uhr: D. höhere Leben. Freitag 4 Uhr: Rotkäppchen. Sonn. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel. Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. 7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½ Die Welt im Jahre 2000. Sonntags 3½ jed. Erwachs. 1 Kind frei.

Trianon-Theater. Dir. Friedrichstraße. Tr. 4227, 2310. Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Rotkäppchen. Täglich 8 Uhr: Maskerade. Freitag 4 Uhr: Schneewittchen. Sonnab. 4 Uhr: Aschenbrödel. Sonntag 4 Uhr: Der Lebensborn. Theater am Nollendorfplatz 8½ Uhr: Großstadtleut. Abends geschlossen.

Rose-Theater 7½ Uhr: Das Gesetz.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. 8½ Uhr: Großstadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldbähle". Operettenakt mit Viktor Litzek von der Komischen Oper. Dazu erstklassige Spezialitäten. Sonntag 4 Uhr: Mädchenehre.

Walhalla-Theater Weinbergsweg 7½ Uhr: Eine Frau wie Du.

Wintergarten. täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Theater am Rathauser Tor. Tel.: Moritzplatz 14614. Jeden Abend 7½ Uhr: **Mitte-Sänger.** 9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Sonnt. nachm. 3½ Uhr: ermäß. Preise (voll. Abend-Programm). 1 Kind frei! Rauchen gestattet. Blüthgen-Konzert. Beg. 7½ Uhr. Vorverkf. 11–1½ u. 4–6 Uhr.

Circus Busch Jeden Dienstag u. Freitag 8 Uhr nur Boxkämpfe!! Die übrigen Tage 7½ Uhr: „Aphrodite" Tragikom. Pantomime in 3 Akten v. Paula Busch inszeniert v. Hofballettm. Georges Bienvelet. Vorher das große Circus-Programm.

Am Friedrichshain 29/32 Am Königstor

Lichtspiel-Palast Schweizer-Garten

Das größte und schönste Lichtbild-Theater der Königstadt

Letztes Auftreten! der weltberühmte Filmschauspieler

Viggo Larsen persönlich in seinem Sketch Graf Spillen

Außerdem der Riesenfilm:

Die Spinnen.

Anfang Wochentags 6 Uhr Anfang Sonntags 3 Uhr

Schauburg am Potsdamer Platz Königgrätzer Str. 121 (früh. Hofjäger)

Prinz Kuckuck Der gewaltige Ausstattungsfilm nach dem Roman von Julius Bierbaum.

Platina Gramm 60 M. Zähne mit Platinstift 3 M. bis 40 M. **Alte Gebisse bis 750 M.** Gold. Silber kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II (Ecke Ackiamer Straße und Brunnenstraße).

Zu den bedeutend erhöhten Preisen kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, salpeters. Silber, Quecksilber sowie **sämtliche Metalle** Kupfer, Rotguß, Messing etc., Glühstrumpfasche. Zahngebisse (Zahn bis 25 Mark). **Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei** Weberstraße 31 :: (Alexander 4243)

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag. Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer. Erste und Älteste Heil-Anstalt Löser Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skottl nur Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 10-1.

Platin Gramm höchste Preise, **Gebisse bis 850 M.** Zähne mit Platinstiften 3 M., 30 M. bis 40 M. Gold. Silber in jeder Form, kauft Frau **Linke,** Blücherstraße 40, 8 bis 8 Uhr. Portal II, II. Et.

Zähne v. 3 M. an Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Goldkronen 15 M. Zahnziehen m. Eisspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Wirtschafts-Vereinigung Siemensstadt e. G. m. b. H.

Die Einlösung der Bons und der Gutscheine aus dem vergangenen Geschäftsjahr der W. V. S. erfolgt vom 13. bis 30. Oktober cr. in unserem Büro, Nonnendamm Allee 98, in der Zeit von 9 bis 4 Uhr. Die gelben Mitgliedsbücher der W. V. S. müssen mit abgegeben werden.

Bons und Gutscheine werden nach dem 30. Oktober nicht mehr angenommen und verlieren ihre Gültigkeit.

Die Rückzahlung der Rückvergütung erfolgt nach der Generalversammlung. Der Termin für diese wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Prozesse, Alexanderstr. 45. Rat, Beistand, mündl. Prüfung, Schriftsätze, Ein-, Abmeld.-, Strafsachen, Entschädigungsansprüche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. (ges. Total 9-7. Sonn. 10-1). Beobacht., Mitw. zamk. Juristen. Sonntag 12—2 Vertrauensmachen.

21., 22. Okt. **Bar Geld** 24., 26. Okt. Wohlfahrts-Lotterie Rote Kreuz

103 000 L. 2467 Gew. W. **100 000 M.** Lose 3.30 Porto u. Liste 50 Pf. mehr.

280 000 L. 18 690 Gew. W. **220 000 M.** Lose 3.30 Porto u. Liste 50 Pf. mehr.

10 Lose, auch sortiert, mit Porto und Liste nur 33 M.

Emil Hause & Co., Berlin, Bredowstr. 9 Filialen: Wallstr. 1. Königstr. 55. Müllerstr. 3b. Rosenthaler Str. 71. Leipziger Str. 104.

Landesausstellungshalle am Lehrter Bahnhof

Geöffnet von 10 bis 6 Uhr

Eröffnung Freitag, 17. Oktober nachmittags 3 Uhr

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Wir suchen zum sofortigen A... rednerisch und organisatorisch **Verbandssekr...** *Längere Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erwünscht, aber nicht ... Zuschriften an den Verband der Angestellten ... Kleider-Konfektion u. verwandter ... Berlin S 14, Kommandantenstr. ...*

Gewerkschafts-S... vom Gewerkschaftskartell Erfurt sofort ... bungen unter Beifügung des Lebenslaufs ... Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. ... Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs ... tober d. J., an Unterzeichneten einzureichen ... den Bedingungen des Vereins Arbeiterpr... zusage wird gewährt. Bewerber wer... daß die Erfurter Arbeiterschaft auf dem Bo...

Ernst Bohn, Erfurt, S...

Die Stelle des **Leiters** der sozialpolitischen Abteilung (Sekretär) ... Diensteinkommen 8000 Mark Grundgehalt ... Zulschlägen 3 mal 400 Mark und 4 ... zulage, 800 Mark Wohnungsgeld (Kriegsz... Kriegsteuerungszulage (Erhöhung 70 %, bezogen ... dem Familienstand und vorläufig bis zum 3... Kriegsteuerungszulagezuschlag.

Geeignete Persönlichkeiten werden erbeten ... mit einer Darlegung ihres Vorbildungsganges ... sogleich einzureichen.

Gewerkschaftssekretär in Magdeburg ...

In folgenden Speditionen ...

Botenfrau einzustellen:

Spedition Lode, Markusstraße 2...
„ Sinner, Skalitzer Str. ...
„ Bernsee, Steglitz, ...
„ Girschner, Gitschiner ...
„ Goetze, Treskowstr. ...
„ Bartsch, Tempelhof, ...
„ Nessler, Wilmersdorf, ...
„ Hackbarth, Mühlen...
„ Tornseifer, Lützow...
für Lehrter und Moab...

Spiralbohrer. Feilen kauft Werkzeug-Zentrale, Lange Str. 13. Eing. Krautstr.

Facharzt Dr. Meyenberg für Krankheiten der Harnorgane 11–1 und 5–7 Potsdamer Strasse 27 b.

Kaufe zu höchsten Preisen bis zu 40 % Aufschlag auf die Grundpreisliste des D. S. V. Spiralbohrer, alle Dimensionen in Werkzeug- und Schnellstahl. Faustbohrer, Bohrer mit Vierkantkonus, Zentrierbohrer, Aufbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer aller Sorten, Sägeblätter, Kreissägen, Hämmer, Zangen, Feilen, Feilkloben und Holzsägen aller Art, Tischlerwerkzeuge und Stechbeitel, Schraubenschlüssel, Meißel, Durchschläge, Körner, Zirkel, Anschlagwinkel, Meßwerkzeuge aller Sorten, Zweibacken- und Drehbackfutter, Meßuhren, Maschinenschraubstöcke, Schloß- und Holzschraubstöcke, Drahtstifte, Schmirgelleinen, Schmirgel, Schmirgelscheiben, Schraubenzieher, Bohrmaschinen, Bohrwinden, Kaporos usw. Maschinen- u. Werkzeughandlung, Berlin NO 18 Cotbuserstraße 17 und Richthofenstraße 10 (Restaurant). Telefon: Königstadt 8587.

Schnell... drizzenden ... Schmirgel... zahlend ... Rosenthaler ... stücker ...

Spezi... Dr. ... Geschlechts... Behandl. ... Ferdinand... **Brunn...** (Nähe Kaiser... Sprst. 6, 8–...

Zu Karl Kautskys 65. Geburtstag.

Karl Kautsky vollendet heute sein 65. Lebensjahr. Das Alter hat ihm Weisheit und den Schatz einer ungeheuer reichen politischen und geschichtlichen Erfahrung gegeben, aber jugendstark und frisch ist seine unverwüstliche Arbeitskraft geblieben, der prachtvolle revolutionäre Optimismus und die unverwüstliche Siegessicherheit, geschöpft aus der tiefen Einsicht in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, die keiner von den Lebenden klarer erschaut als Kautsky.

Fünfundsechzig Jahre und, seit Kautsky denken konnte, war jeder Tag der Arbeit gewidmet und dem Ringen mit dem riesigen Stoff, der geistig bewältigt sein muß, um Führer und Mehrer im Reich des wissenschaftlichen Sozialismus zu werden. Einfach und schlicht ist dies Leben und keine anderen Schätze hat er gesammelt als den Reichtum der Erkenntnis und des Wissens. Aber von der Studierstube dieses Arbeiters an der Wissenschaft ist große geschichtliche Wirkung ausgegangen. Das Denken dieses Mannes griff in immer gesteigertem Maß in den Gang des historischen Werdens ein, denn „groß ist die Macht der Theorie, wenn sie die Massen ergreift“. Diese Massen zu ihrem Bewußtsein zu erwecken, dem Proletariat die Einsicht in die Bedingungen, den Verlauf und die Ziele seines Klassenkampfes zu geben und dadurch seine Kampfkraft zu stärken, das ist das Lebenswerk Karl Kautskys gewesen, dem er sich mit nie versagender Hingebung, mit unerschütterlicher Beharrlichkeit gewidmet hat.

Früh hat Kautsky seine Arbeit begonnen. Das Schicksal der Kommune von 1871 weckte in ihm das Interesse für die sozialen Kämpfe, veranlaßte ihn zum Studium des französischen Sozialismus, und bald wurde er Mitarbeiter sozialistischer Zeitschriften. Mitte der siebziger Jahre schon erschien seine erste größere Arbeit über den Einfluß der Volksvermehrung auf die geschichtliche Entwicklung. Die Arbeit zeigt bereits den weiten Umfang der geistigen Interessen, die sich auf die Natur- wie die Geisteswissenschaften in gleichem Maße erstrecken. Diese umfassende, enzyklopädische Art bleibt für Kautskys Schaffen stets charakteristisch. Aber noch steht die erste Schrift mehr unter dem Einfluß von Malthus und Darwin als unter dem von Marx. Doch bald lernt Kautsky die Arbeit Friedrich Engels gegen Dühring kennen, die für die ganze damalige Generation als erste Popularisierung des Marxismus so überaus bedeutsam war; er befreit sich von allen Verschwommenheiten und Inkonsequenzen des vormarxistischen Sozialismus; er wird wissenschaftlicher Sozialist. Ende der 70er Jahre Mitarbeiter des Züricher „Sozialdemokraten“, unter dem Sozialistengesetz das einzige politische Organ der deutschen Arbeiterklasse.

Bald aber schafft sich Kautsky das Instrument für die historische Aufgabe, die ihm zu erfüllen bestimmt ist. Im Jahre 1883 gründet er die „Neue Zeit“ und gestaltet sie zu dem Organ der marxistischen Aufklärung, der marxistischen Forschung und der marxistischen Politik. Zunächst gilt es, die kopernikanische Umwälzung, die Marx im Reiche der Sozialwissenschaft vollbracht hatte, die Lehre, daß die geschichtliche Entwicklung nicht frei nach den Wünschen und Ideen der Menschen gemacht werde, sondern daß der Geschichte ehernes Muß gegeben sei durch die Produktionsverhältnisse, durch die Oekonomie und die von ihr geschaffenen gesellschaftlichen Zusammenhänge, gegen die Angriffe des alten eklektischen Sozialismus zu sichern. Gegen die Schüler Proudhons und Rodbertus' gegen die sektiererhaft entartete Lehre Lassalles führt Kautsky überlegen den Kampf.

Zugleich offenbart sich Kautskys außerordentliche Fähigkeit, zu dem Verlauf der Tagesgeschichte, der einzelnen politischen Ereignisse die historische Bedeutung des Einzelgeschehens und die prinzipiellen Grundlagen sozialistischer Politik und Taktik zu entwickeln. Auf den Grundlagen, die Marx und Engels gelegt, baut er im Verein mit August Bebel, mit dem ihn innigste Freundschaft verbindet, die Taktik des proletarischen Klassenkampfes aus. Als das Sozialistengesetz fällt und die Partei daran geht, sich ein neues Programm zu geben, schreibt er jene grundlegenden Artikel in der „Neuen Zeit“, die, später zum „Erfurter Programm“ erweitert, die beste Einführung in die Lehre und Politik des Sozialismus darstellen. Seinen Entwurf erhebt der Parteitag zum Programm der deutschen Sozialdemokratie und er wird im weiteren Verlauf die Grundlage für die Programme fast aller sozialistischen Parteien.

Zugleich entfaltet Kautsky jene umfassende wissenschaftliche Tätigkeit, die ihn in die erste Reihe der marxistischen Theoretiker stellt und ihn, als 1895 Engels, der große Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, starb, als Haupt der marxistischen Schule erscheinen läßt. So fiel ihm vor allem das große Erbe zu, daß Marx und Engels hinterlassen, und treu hat ers Kautsky gewahrt, als Ende der neunziger Jahre der Revisionismus seine Angriffe gegen die Grundlagen des Marxschen Gebäudes führte. Sowohl gegen die Theorie selbst als insbesondere gegen die sozialen Entwicklungstendenzen, die der Marxismus aufgezeigt hatte, erhob sich alles, was an bürgerlicher Ideologie vorhanden war in konzentrischem Ansturm und verband sich mit sozialistischen Gedankengängen zu einer sozialreformistischen Doktrin. Sie mußte in ihren Konsequenzen den revolutionären Klassenkampf des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht, um die Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft umgestalten zu einer fortschreitenden Anpassung der Arbeiterklasse durch Verbesserung ihrer Lebenshaltung an die Bedingungen des kapitalistischen Staates.

Da war es Kautsky, der zunächst in einer Reihe glänzender Abhandlungen die theoretische Unversehrtheit der marxistischen Lehre nachwies, um dann selbst seine tiefschürfende Analyse der sozialen Entwicklungsbedingungen der kurzsichtigen und engen revisionistischen Tagesmeinung gegenüberzustellen, Voraussagen, die seitdem die Geschichte bis ins einzelne bestätigt hat.

Kautsky ist aber nicht nur der Wahrer, er ist auch der Mehrer des Marxschen Erbes gewesen. Seine historischen Arbeiten — der Thomas Morus, die Klassengegensätze der französischen Revolution, die Vorläufer des Sozialismus, die Geschichte des Christentums — sind glänzende Anwendungen der materialistischen Geschichtsauffassung und Beweise für die Ueberlegenheit dieser Methode. Seine ökonomischen Arbeiten, vor allem „Marx' ökonomische Lehren“, sind unentbehrliche Einführungen in die Marxsche „Volkswirtschaftslehre“, seine Agrarfrage, die selbständige Anwendung der Theorie auf diesem wichtigen Gebiete. Seine zahllosen Abhandlungen aber in der „Neuen Zeit“ sind unerschöpfliche Quellen der politischen und wissenschaftlichen Belehrung, die jeder studiert haben muß, um zu lernen, wie die marxistische Methode auf die Weltgeschichte und ihre Probleme anzuwenden ist.

Nicht minder groß als der Lehrer, ist der Kämpfer. Den Kampf gegen den Militarismus und den Imperialismus, dessen erste theoretische Ergründung Karl Kautsky zu einer Zeit gegeben hat, als kein anderer noch die umwälzende Bedeutung der imperialistischen Politik erkannt hatte, hat Kautsky mit äußerster Schärfe geführt und alle Konsequenzen vorausgesagt. Gerade diese Erkenntnis war es ja, die ihn in seinem „Weg zur Macht“ den revolutionären Gang der Ereignisse voraussehen ließ, wie ihn seine tiefe Einsicht in die ökonomische Bedingtheit der gesellschaftlichen Umwälzungen befähigte, in dem knappen, aber so inhaltsreichen Werkchen über die „Soziale Revolution“ die Voraussetzungen zu skizzieren für die Verwirklichung des Sozialismus.

Als anerkanntes Haupt des Marxismus, als geistiger Führer des internationalen revolutionären Sozialismus ragte Karl Kautsky über alle andern hervor als der Krieg ausbrach. Unter dem Zusammenbruch der Internationale, unter dem Versagen der sozialistischen Parteien hat keiner schwerer gelitten als Kautsky. Die Erschütterung war für ihn um so größer, als der unbestreitbare theoretische Sieg, den er über den Revisionismus erfochten hatte, ihn wohl zu einer Ueberschätzung der revolutionären Energie und des sozialistischen Zielbewußtseins der Arbeiterklasse, zu einer Unterschätzung des Einflusses der nationalistischen und imperialistischen Ideologie verleitet hatte. Deshalb hat er vielleicht unmittelbar nach Ausbruch des Krieges die Krise des Sozialismus nicht nach ihrer ganzen Schwere und Tragweite eingeschätzt; deshalb hat er versucht, damals in den verhängnisvollsten Stunden, wenigstens die Einheit der Partei zu wahren und die Kluft, die sich zwischen den irregewordenen sozialistischen Parteien auftat, nicht noch zu vertiefen.

War die Erwartung, daß die proletarischen Massen bald zur Selbstbesinnung kommen und sich von der Kriegspolitik der Führer abwenden würden, wirklich so unverständlich? Sie hat sich nicht erfüllt, und Kautsky hat sehr bald die Konsequenzen gezogen. Er wurde der unerbittlichste Bekämpfer der Kriegspolitik, und alle seine Kraft stellte er in diesen Kampf. Da geschah das Unerhörte: Gestützt auf den elenden Vorwand des Eigentumstitels entwand der sozialdemokratische Parteivorstand zu seiner Schande und Schmach Kautsky die „Neue Zeit“, die sein Werk, seines allein, das Produkt seiner unermüdlichen Arbeit war, und raubte dem bedeutendsten Geist des internationalen Sozialismus sein Organ!

Kautsky hat weitergekämpft, unerbittlich in seiner Beweisführung, unversöhnlich in seiner prinzipienfesten Haltung, und zuletzt siegreich wie stets, zuerst in den Reihen der Opposition, dann in denen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Aber für Karl Kautsky bedeutet das Leben Kampf, Kampf im Interesse des Proletariats, Kampf im Interesse der Wissenschaft, und der Abschluß eines Kampfes ist für ihn fast stets der Beginn eines neuen. Die Theorie und Praxis des Bolschewismus hat in Kautsky einen Gegner gefunden, und seine neuesten Schriften über die „Diktatur des Proletariats“ und „Terrorismus und Kommunismus“ dienen dem Austrag dieses Gegensatzes. Diese Stellungnahme hat den

Ein paar Bemerkungen über Karl Kautsky.

Die Internationale war zum ersten Male nach dem Krieg in Bern versammelt.

Es war eine problematische Versammlung, wie jedes Rumpfparlament.

Die Kriegspolitik der Parteien sollte, wenn irgend möglich, liquidiert, die Einheit der internationalen Aktion nicht etwa wieder hergestellt werden — daran konnte der glühendste Optimist nicht denken — aber doch immerhin vorbereitet werden.

Eisner und Fritz Adler drängten in den Kommissionen, rissen hin, wenn sie in den Vollversammlungen sprachen. Den moralischen Mittelpunkt der auseinander und gegeneinander drängenden Kräfte bildete Kautsky.

Eisner, Fritz Adler und wenige andere besaßen nicht minder das allgemeine Vertrauen, aber Kautsky besaß es auf eine ganz besondere Weise.

Irgendwie schien er dem Tageskampf entrückt, an ihm war nicht zu zweifeln, nicht zu deuteln. Und sein Wille wirkte wie die Magnetnadel, die Jahrzehnte lang den Kurs der Partei gezeigt hatte, und deren Stand noch immer wichtig war, wo es längst keinen Kurs und fast keine Partei mehr gab.

Er wirkte wie das lebendige Gewissen der alten Zeit.

Gewiß gab es Delegierte, die ihm nicht folgen konnten und wollten. Für sie lag die Vergangenheit auch der Partei unter den Trümmern des Krieges begraben. „Er ist eine Erscheinung aus der anderen Welt,“ sagte mir einer von ihnen, ein Franzose, „ein Kirchenvater, ein Apostel, wenn Sie wollen, unendlich verehrenswert, aber er kommt von zu weit her.“

Kautsky hätte ihm vielleicht geantwortet, daß der anarchosyndikalistische Standpunkt des Franzosen noch viel, viel weiter zurückliege, und daß manches, was neu glänze an der radikalen Lehre, ein bekanntes Stück des vormarxistischen Sozialismus sei. Kam es zu solchen Auseinandersetzungen, so blieb es bei der Auseinandersetzung, niemand schimpfte, und wer Kautsky einen Verräter genannt hätte, den hätte selbst Loriot ausgelacht.

* * *

Kautsky fällt auch die animalische Fülle des Redners.

Er spricht, als sei er eben von seinem Schreibtisch aufgestanden.

Keinen Fuß breit weicht er von „dem, was ist“. Und sagt es ruhig und so bestimmt, wie seine Augen hinter den Brillengläsern stehen.

Im schlimmsten aller Bruderkriege ist er beschimpft worden, in der Schriftsprache und noch öfter im Jargon. Er hat immer nur mit Argumenten erwidert.

Seine Stellung ist wahrhaft tragisch. Hier steht er, er kann nicht anders. Dieser Mann, der vor dem Krieg und im Krieg gegen das Abbröckeln der revolutionären Energie gekämpft hat, führt — um nichts, als seiner Ueberzeugung willen — heute denselben Kampf nach links: gegen den Glauben, daß man mit ökonomischen Gegebenheiten umgehen könne, wie einem Heißen Herzen beliebe, daß fehlende wirtschaftliche Voraussetzungen sich durch persönliche Energie ersetzen ließen.

Seine Gegner stehen auf seinen Schultern, keiner von ihnen wird es leugnen. War es deshalb nötig, auf ihm herumzutreten?

* * *

Ich finde es schön, wie Kautsky heute seinen 65. Geburtstag feiert, in der silbernen Einsamkeit der Klassiker, aufrechten Hauptes, klaren Auges in einer Zeit, die den Nervenarzt mindestens ebenso beschäftigt wie den Politiker. Er kann zurückblicken auf ein langes, klares, tapferes Leben im Sozialismus, das kein Krampf verzerrt, voll ritterlicher Haltung, selbst im Gewühl.

S.

Kautsky als Kulturphilosoph.

Karl Kautsky ist Nationalökonom und Soziologe. Er untersucht die Richtung und die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Karl Kautsky ist Sozialist und ihm erschöpft sich dieser Begriff nicht in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese ökonomische Umwandlung ist die unerläßliche Vorbedingung einer neuen Kultur, der Kultur der vergesellschafteten Menschheit. Kautsky, der so oft die Notwendigkeit der moralischen und psychischen Veredlung der Arbeiterklasse [illegible] die geistigen Kräfte der Menschheitsentwicklung nicht leugnet, sondern in ihrer wahren Bedeutung erkennt, hat wissenschaftlich untersucht, wie die Kultur des Sozialismus sich von der Zivilisation des Kapitalismus unterscheiden wird. Er sucht zu ermitteln, welche Elemente diese proletarisch-sozialistische Kultur bilden und wie die Grundrichtungen des Geisteslebens der künftigen Menschheit sein wird. Es handelt sich hier naturgemäß nur um wissenschaftliche Vorhersagen allgemeiner Art. In seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution“, in der Kautsky diese kulturphilosophischen Fragen behandelt, geht er von der Voraussetzung einer Revolution ohne Weltkrieg aus. Vieles, was dort geschrieben, muß heute modifiziert werden, doch ist es im wesentlichen nur eine Tempoverlangsamung des Kulturaufstiegs und eine Häufung der wirtschaftlichen und geistigen Hemmungen auf dem Wege zur Kulturhöhe. Als Wegweiser, als Ziel behalten auch heute in der Zeit des Neuaufbaues Kautskys Worte, die hier folgen, Bedeutung, als wissenschaftliche Begründung des sozialistischen Kulturideals. O. D.

Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft.

Brauchen sich aber die modernen Proletarier nicht sehr zu ändern, um reif für eine sozialistische Gesellschaft zu werden, so dürfen wir allerdings erwarten, daß diese den Charakter des Menschen erheblich verändern wird. Was man als Vorbedingung der sozialistischen Gesellschaft hinstellt und was die kapitalistische Gesellschaft unmöglich leisten kann, was also eine unmögliche Vorbedingung wäre, die Schaffung eines höheren Typus des Menschen, als es der moderne ist, das wird das Ergebnis des Sozialismus sein. Er wird den Menschen Sicherheit, Ruhe und Muße bringen, er wird ihren Sinn über die Alltäglichkeit erheben, weil sie nicht mehr alltäglich darauf sinnen müssen, woher das Brot für morgen zu beschaffen. Er wird die Persönlichkeit unabhängig machen von anderen Persönlichkeiten und so das Knechtsgefühl wie die Menschenverachtung ausrotten. Er wird gleichzeitig einen Ausgleich zwischen Stadt und Land schaffen, den Menschen alle Schätze einer reichen Kultur zugänglich machen und ihnen die Natur zurückgeben, aus der sie Kraft und Lebensfreude schöpfen.

Gleichzeitig mit den physiologischen Wurzeln des Pessimismus rottet er auch seine sozialen aus, das Elend und die Verkommenheit der einen, die aus der Not eine Tugend machen, und die Uebersättigung der andern, die in arbeitslosem Genießen den Ekel der Freude bis aus die Hefe ausgetrunken haben. Der Sozialismus

großen Lehrer, dem die ganze heutige sozialistische Generation ausnahmslos unendlich viel zu danken hat, auch in Widerspruch gesetzt zu Auffassungen, die in unserer Partei in Geltung sind. Hier und jetzt können diese Gegensätze nicht zum kritischen Austrag gebracht werden. Wir wollen sie nur präzisieren. Es besteht kein prinzipieller Gegensatz über die Methoden zur Eroberung der politischen Macht. Aber Kautsky vertritt die Ansicht, daß auch während der Uebergangszeit die Ausübung der politischen Macht in den Formen der Demokratie erfolgen müsse. Anhänger des wirtschaftlichen Rätesystems, verwirft er die politische Räteverfassung. Diese Stellungnahme hängt eng zusammen mit der Verwerfung des Terrorismus und des Bürgerkrieges als Mittel der sozialen Umgestaltung. Unsere Partei dagegen steht auf dem Boden auch des politischen Rätesystems, in der Meinung, daß es während der Uebergangszeit das Mittel sei, die kapitalistische Staatsmaschinerie zu überwinden und in der Ueberzeugung, daß in Deutschland der Sieg des Proletariats, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, im Gegensatz zu Rußland, keine terroristischen Methoden erfordern werde.

Der Gegensatz ist sicher gegeben; aber er kann nur zum Austrag gebracht werden durch gründliche und leidenschaftslose Diskussion dieses ernsten und bedeutungsvollen Problems, das die revolutionäre Entwicklung Rußlands aufgeworfen hat. Nur die umfassende Berücksichtigung aller geschichtlichen Erfahrung und des Verlaufs der revolutionären Entwicklung kann die Entscheidung bringen. Daß Kautsky selbst durch seine Schriften, die man gelesen haben muß, um mitsprechen zu können, diese Diskussion zu einer fruchtbaren zu gestalten gesucht hat, kann ebensowenig geleugnet werden, als der Unerschrockenheit seiner Ueberzeugung und seiner unbestechlichen Wahrhaftigkeit die Achtung versagt werden darf.

Wahrhaftigkeit und Hingabe an das Ideal, das sind ja überhaupt die Grundzüge in Kautskys Charakter. Daher der klare, eindringliche Stil, der den Leser nie verblüffen, ihm nie imponieren will, der so völlig entfernt ist von jedem Literatentum. Kautsky, der große Gelehrte, verschmäht es, in seinen Büchern je den gelehrten Apparat zu zeigen, er hat, wie er selbst sagt, immer den einfachen Arbeiter vor Augen, für den er vor allem schreibt, von dem er gelesen und verstanden werden will. Und wie der Stil, ist der Mensch, einfach und klar. Und dazu von einer merkwürdigen Bescheidenheit und Zurückhaltung.

So ist dieses ganze Leben geweiht gewesen der Arbeiterklasse und der Wissenschaft und ihrer Vereinigung. Und daß es noch lange währen möge in der prachtvollen Schaffenskraft und Unerschöpflichkeit dieses großen Geistes, das ist heute unser Wunsch! Viel hat Karl Kautsky erlebt, auch Trübes und Schweres. Aber schließlich ist es doch stets aufwärts gegangen zu immer größerem und fruchtbarerem geschichtlichem Wirken. Aufwärts möge es weiter ansteigen bis zur Krönung dieser Lebensarbeit, dem Erleben des sozialistischen Sieges!

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Minister des Auswärtigen Müller: Wir haben ein besonderes Interesse daran, daß die Abwicklung der Verhältnisse in den östlichen Gebieten möglichst rasch erfolgt. Die Verhandlungen sind durch den Putsch in Oberschlesien etwas verzögert worden. Der Kriegsgefangenenaustausch mit Polen ist noch nicht vollzogen. Auch aus diesem Grunde war dieses Abkommen nötig.

Der Vertrag wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wird auch der Haushaltsplan für den Reichspräsidenten.

Die Postverwaltung.

Die Aussprache über den Haushaltsplan der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. **Beuermann** (D. Vp.): Die Mißstände im Telegraphen- und Telephonverkehr werden verschwinden, wenn das Publikum mehr Selbstzucht übt.

Abg. **Zubeil** (U. Soz.): Es herrscht immer noch Ueberfluß an Aufsichtskräften und Mangel an wirklich arbeitendem Personal. Das war bei der Post vor dem Kriege so und ist jetzt nicht anders geworden. Die Entlohnung der Aushelfer ist noch immer ungenügend. Da darf man sich nicht wundern, wenn Unredlichkeiten im Postverkehr vorkommen. Die Hungerlöhne, die jetzt bei der Post gezahlt werden, müssen ein für allemal verschwinden. Der Beamte muß noch in den Jahren das Höchstgehalt erreichen, in denen er noch genußfähig ist. Die Gebührenfreiheit wird durch die Einwohnerwehren mißbraucht. Der Reichskanzler Bauer hat erklärt, die Einwohnerwehren gehörten nicht zur Reichswehr. Wenn das tatsächlich der Fall ist, dann dürfen ihre Flugblätter auch nicht unentgeltlich befördert werden. Beamte und Beamtinnen müssen einander gleichgestellt werden, auch die Beamtin muß das Recht erhalten, zu heiraten, ohne aus dem Dienst ausscheiden zu müssen. Es herrscht noch immer ein ganz infames System der Telephonspitzelei. Von ihm wurde insbesondere früher der Abgeordnete Haase, jetzt der Abgeordnete Cohn betroffen. Die militärischen Stellen scheinen großes Interesse für die beiden Herren zu haben. Aber es ist ein Skandal, daß die Reichspostverwaltung ihre Beamtinnen zu so niedrigen Spitzeldiensten zur Verfügung stellt.

Abg. **Steinkopf** (Soz.): Wir werden alles aufbieten, damit die mittleren und unteren Beamten zufriedengestellt werden. Mit der Bezeichnung Unter-, Mittel- oder Oberbeamten muß aufgeräumt werden. Es soll künftighin nurmehr Beamte geben. Die Behandlung der Unterbeamten durch die höheren Beamten läßt noch viel zu wünschen übrig. Wir begrüßen es, daß noch vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes Beamtenräte eingeführt werden.

Abg. **Koch-Münster** (Zentr.): Jedes Spielen mit dem Streikgedanken in der Beamtenschaft ist streng zu verwerfen.

Reichspostminister **Giesberts**: Alle hier vorgebrachten Anträge werden geprüft und dann in entsprechenden Reformen vorbereitet werden. Das gilt besonders von der Personalreform, für die als Grundgedanke maßgebend sein wird, den Aufstieg den Beamten zu erleichtern. Dem Mißbrauch der Portofreiheit wird am besten dadurch begegnet, daß die ganze Gebührenfreiheit beseitigt wird. Hierzu sind bereits Schritte eingeleitet worden.

Der Haushaltsplan der Reichspostverwaltung wird nach weiterer kurzer Debatte angenommen.

Präsident **Fehrenbach** teilt mit, daß der Aeltestenausschuß beschlossen hat, eine längere Pause erst nach Erledigung des Gesamtetats, wenn möglich der Reichsabgabenordnung, eintreten zu lassen, das wird nicht vor dem 30. Oktober der Fall sein. Der Präsident ermahnte deshalb zu weiser Selbstbeschränkung im Reden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Mündlicher Bericht des Untersuchungsausschusses über die den Unterausschüssen zu gewährenden Rechte. Zweite Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern, in Verbindung damit Interpellation über die Schundliteratur.

Die preußische Landesversammlung.

Protest gegen den Belagerungszustand.

Der ganz in der Luft schwebende Staatshaushaltsplan macht es notwendig, von Zeit zu Zeit Nachträge einzubringen. Mit mehreren von ihnen beschäftigte sich die Landesversammlung in ihrer gestrigen Sitzung. Der deutschnationale Redner **Gräf** (Anklam) ironisierte das System der parlamentarischen Unterstaatssekretäre, die ihm zu kostspielig sind. Im Kultusministerium sei von Haenisch durch Einstellung von zehn Hilfsarbeitern eine Art Parteischule errichtet worden, weil, wie Haenisch selbst betont habe, es seinen Leuten an der nötigen Verwaltungserfahrung fehle.

Der Rechtssozialist **Richter** (Neumünster) trat diesen Ausführungen mit gebotener Schärfe entgegen. Er machte darauf aufmerksam, daß neben der verhältnismäßig kleinen Zahl von sozialdemokratischen Hilfskräften noch ein sehr großer Prozentsatz konservativer Herren im Amt sei, ein Verhältnis, wie es früher nie bestanden habe, wo nur konservativ gerichtete Männer angestellt wurden. Von Sparsamkeit in dieser Hinsicht zu reden, stehe den Machthabern von ehemals nicht an, da sie sich nie gescheut hätten, Millionen über Millionen für höfische und ähnliche Zwecke hinauszuwerfen. Auch der Demokrat **Schloßmann** rechnete mit der früher geübten Unduldsamkeit ab.

Genosse **Rosenfeld** hielt Herrn Gräf die Sünden des fr Regimes besonders deutlich vor Augen. Er betonte, daß an der vielfach konservativ gerichteten Beamtenschaft in den rungen zur Kontrolle Beiräte unbedingt notwendig sind sei ja gerade der durchschlagende Grund für die Aufrechterh des Systems der Arbeiterräte. Die Regierung befürch und Herr Gräf äußert Befürchtungen, sie könnten durch „Hintertür“ wieder erscheinen. „Ach nein,“ so schloß er, „sie in gar nicht ferner Zeit als Inhaber maßgebender Gewalt von vorn wiederkehren.“

In der dritten Beratung erklärte Genosse Rosenfeld na der Fraktion, daß wir die Nachträge ablehnen, weil wir ein gierung des Belagerungszustandes, der Schutzhaft und der Knebelung keine Mittel bewilligen können. Dann erhob er Rede zu wirkungsvollem Protest gegen den ungesetzlichen Er deutete auf die gewaltige Empörung hin, in die die rung durch die fortdauernde Gewaltpolitik der gesinnten Arbeiterschaft gegenüber getrieben worden kennzeichnete die Versammlungsverbote und den kurs der Regierung. Die Rechte äußerte sich in rufen beifällig zu den Verboten und mißfällig deren Aufhebung. Unser Redner zeigte, wie sehr gewisser Seite darauf hingearbeitet wurde, Unruhen zu erz In gleicher Richtung liege auch das Verbot der „Freiheit“, Räume von mit Maschinengewehren und granaten bewehrten Noskeitruppen besetzt sind. Ganz gewiß sei früher unter dem alten Regime größerer Rücksicht gegen die politische Opposition vorge worden. Deswegen wünschen wir das alte Regime natürlich zurück, sondern verlangen Aufhebung des unhaltbaren rungszustandes. Viele Zeitungen seien gänzlich un worden, so die „Rote Fahne“, die „Republik“, neu sogar der „Faun“. Im Bereich des VII. Armeekorps sogar die Verbreitung nicht verbotener Zeitungen verhindert gehe sogar so weit, den Arbeitszwang anzuwenden, allerdings den Arbeitern gegenüber, ihn auf die gesellschaftlichen anzuwenden, scheue man sich.

Gegen Leute, die sich in keiner Weise strafbar gemacht wird die Schutzhaft verhängt und in grausamster Weise geführt. Eine Frau, so führte unser Redner aus, die nur Freundin der Genossin Luxemburg war, wird sich deshalb in Schutzhaft genommen. Der schwer lunge Dr. Ernst Meyer wird seit vielen Monaten in Sch gehalten, obwohl das Reichsgericht anerkannt hat, daß kein dacht vorliegt, daß er zu Gewalttätigkeit neigt. Es scheint ob man die zur Ruhe neigenden Elemente festhält, um den tätigen Elementen freie Hand zu lassen. Ausländer sind kommen rechtlos. Zumindest müßte nachgeprüft werden, gegen sie vorliegt.

Die politischen Gefangenen müssen Hun und maßlose Qualen erdulden. In Werl ist zum zweiten der Hungerstreik ausgebrochen, weil die Gefangenen verla daß sie endlich unter Anklage gestellt und abgeurteilt werden neueste Fortschritt ist, daß sogar den Rechtsanwälten untersagt worden ist, mit den Schutzhäftlingen unbe sprechen zu können. Das ist ein Zustand, wie er ähnlich entfernt nicht in früheren Zeiten bestanden hat. Die Ar schaft leidet unter diesem Zustande Unerträgliches. kann die Regierung zur Rechtfertigung des Belagerungsz vorbringen? Leider nicht die mindeste Tatsache.

Dann brachte Genosse Rosenfeld den Fall herr erneut zur Sprache. Er legte erst dar, wie wenig tigt die Haltung der Regierung ist, und rechnete dann Ministerpräsidenten Hirsch ab, der ihm persönlich den gemacht hatte, mit Spielklubs in Verbindung gestanden Zusammenfassend sagte er der Regierung schärfsten an, bis die Arbeiterschaft freiesten Spielraum errunge wird. (Beifall bei den Unabh.)

Der Ministerpräsident **Hirsch** machte sich die leicht. Die Unabhängigen seien mit bösem Beispiel vorangegangen, wo sie zur Macht gelangt seien, und Regierung zu drakonischen Gegenmaßnahmen gezwungen, zu, daß die frühere Regierung human gegen politische vorgegangen sei. Heute sei das anders, weil wir die mit Gewalt stürzen wollten. Unter einer Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes eintreten, uns auf den Boden der Verfassung stellen wollten und daß wir, wenn wir zur Macht kämen, nicht sofort den Bela zustand erklären würden. Er fand den ungeteilten Bei rechten Seite des Hauses.

In einer Erwiderung ließ Genosse Rosenfeld den präsidenten gebührend abfahren. Er kennzeichnete die die darin liegt, zu verlangen, daß wir uns auf den Verfassung stellen, während die Regierung selbst durch erhaltung des Belagerungszustandes sich über die Verfassung hinwegsetzt.

Aus der Partei.

Ein neues Parteiblatt.

In Essen erscheint seit einigen Tagen ein neues Or unabhängigen Partei, das „Ruhr-Echo“. Wir wünsch neuen Mitstreiter einen steigenden Leserkreis, um die unabhängigen Sozialdemokratie aufs nachdrücklichste zu

Sammlung für die politischen Gefangene

12. Quittung.

Frau Krohkopf 2 M.; Ueberschuß von der Versamml den Comeniussälen am 8. 9. bei der Arbeiterratswahl, nossen Jonas, 10,17 M.; Tapezierergehilfen der Ledermö stelle von A. Zeschke 28,50 M.; Paul Werner, Steinme 5 M.; Kinderfest, Warschauer Str. 79, 22,50 M.; Samml den in den Gemeindebetrieben Tegel beschäftigten Arbei Arbeiterinnen 1063,50 M.; Kolonie Zillerthal, durch 100 M.; Ueberschuß vom Sommerfest am 6. 9. von den der Firma Max Krause, Alexandrinenstr. 93-94, 160 M 13. Abteilung 4. Kreises, Leseabend, 16 M.; Bundpa Treb, 25 M.; Onkel Pelle 2 M.; Tante Hulda 1 M.; kommissariat, Lichtenberg, 5 M.; Petersdorf, Berlin, H. Sachse, Hohenneuendorf, 10,00 M.; G. Zietemann 9,75 M.; Städt. Straßenbahner, Berlin, 8 M.; Naegler 5 M.; M. Bürger, Berlin, 24,30 M.; Th. Riede, 30 M.; Betriebsausschuß des Autopark im Reichsverwert Berlin, 178,20 M.; E. Böhm, Berlin, 100 M.; Arbeite Firma O. Jachmann, Borsigwalde, durch Luckwald, 400 M Naumann 25 M.; Buchdruckerei Falk 16 M.; Firma Charlottenburg, 25 M.; Schneider, Steglitz, 8 M.; Rennstraße, 10 M.; Klara Notnagel 100 M.; Kesselbor H. Fischer 3 M.; Kehler 2 M.; Wittstock 5 M.; E. Mich Kätchen, 40 M.; Kesseldorfer 20 M.; Heinrich Sommer Mark; A. Schqitsen, Neukölln, 85 M.; Zeitungsfrauen heit“, Neukölln, 80 M.; W. Rascher, Berlin (Wu Laedke), 102 M.; als Vermächtnis vom Gen. Stoll, Leupold, 25 M.; Tapezierergehilfen der Ledermöbelwer A. Zeschke 23 M.; Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Sparverein „Besitzlos“ 10 M.; Sparverein „Rheingold Firma Klempt u. Co., Weißensee, 26,50 M.; Zentralein deutscher Schneider, Rohstoff-Genossenschaft, Kochstr. Butz (Schwarzkopff, Wildau) 3 M.; Angestellte des Diele „Braune“ 66 M.; zusammen: 3019,67 M., bereits 52,561,36 M., im ganzen 55 581,03 M.

Der Vorstand der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m.

R. Budde.

---

beseitigt Not und Ueberfättigung und Unnatur, macht die Menschen lebensfroh, schönheitsfreudig und genußfähig. Und dabei bringt er die Freiheit wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens für alle.

Dürfen wir nicht annehmen, daß unter diesen Bedingungen ein neuer Typus des Menschen erstehen wird, der die höchsten Typen überragt, welche die Kultur bisher geschaffen? Ein Uebermensch, wenn man will, aber nicht als Ausnahme, sondern als Regel; ein Mensch, ein Uebermensch gegenüber seinen Vorfahren, aber nicht gegenüber seinen Genossen, ein erhabener Mensch, der seine Befriedigung nicht darin sucht, groß zu sein unter verkrüppelten Zwergen, sondern groß unter Großen, glücklich mit Glücklichen — der sein Gefühl der Kraft nicht daraus schöpft, daß er sich erhebt auf den Leibern der Zertretenen, sondern daraus, daß ihm die Vereinigung mit Gleichstrebenden den Mut gibt, sich an die Bezwingung der höchsten Probleme zu wagen.

So dürfen wir erwarten, daß ein Reich der Kraft und der Schönheit entstehen wird, das würdig ist der Ideale unserer tiefsten und edelsten Denker.

Kunst und Sozialismus.

Wie steht's aber mit der geistigen Warenproduktion?

Hier wollen wir zunächst die Alleinbetriebe betrachten. Hierfür kommen hauptsächlich Malerei und Bildhauerei in Betracht, sowie ein Teil der Schriftstellerei.

Ein proletarisches Regime macht diese Art Warenproduktion ebenso wenig unmöglich als etwa den privaten Kleinbetrieb in der materiellen Produktion. Ebenso wenig als Nadel und Fingerhut werden Pinsel und Palette oder Tinte und Feder zu den Produktionsmitteln gehören, die unter allen Umständen zu verstaatlichen sind. Aber Eines ist wohl möglich: daß mit dem Aufhören der kapitalistischen Ausbeutung die zahlungsfähigen Käufer verschwinden, die bisher den Markt für die Warenproduktion der künstlerischen Alleinbetriebe gebildet haben. Das würde sicher nicht ohne Wirkung auf die künstlerische Produktion bleiben, aber es würde sie nicht unmöglich machen, sondern nur ihren Charakter ändern. Das Staffeleibild und die Statuette, die ihren Ort und Besitzer wechseln können, die man aufstellen kann, wo man will, sind der richtige Ausdruck der Warenproduktion in der Kunst, sie sind diejenigen Formen des Kunstwerks, die am leichtesten die Form der Ware annehmen, die man, wie Goldstücke, sammeln und aufhäufen kann, sei es, um sie mit Profit wieder zu verkaufen oder als Schatz zu verwahren. Möglich, daß ihre Produktion zum Zwecke des Verkaufs in einer sozialistischen Gesellschaft erhebliche Hindernisse fände. Aber dafür müßten andere Formen der künstlerischen Produktion an ihrer Stelle erstehen. Ein proletarisches Regime wird die Zahl der öffentlichen Gebäude ungemein vermehren; es wird aber auch danach trachten, jeden Aufenthaltsort des Volkes, diene er der Arbeit, der Beratung, dem Vergnügen, zu schmücken und anziehend zu gestalten. Anstatt Bildsäulen und Bilder herzustellen, die in den Zirkulationsprozeß der Waren hineingeworfen werden, um schließlich an einem dem Künstler ganz unbekannten Bestimmungsort mit ganz unbekannten Zwecken zur Aufstellung zu kommen, werden Maler und Bildhauer planmäßig mit den Architekten zusammenwirken, wie dies in den blühendsten Zeiten der Kunst, im perikleischen Athen und in der italienischen Renaissance, der Fall war, eine Kunst wird die andere unterstützen und heben, die Wirkung, Umgebung und das Publikum des Kunstwerks wird nicht mehr dem Zufall abhängen.

Auf der anderen Seite aber wird die Notwendigkeit aufhören, Kunstwerke für den Verkauf als Waren zu produzieren. Es wird überhaupt die Notwendigkeit aufhören, geistige Arbeit zum Gelderwerb, als Lohnarbeit oder zur Produktion von Waren zu leisten.

Kopf- und Handarbeiter im Sozialismus.

Von zwei Seiten muß das proletarische Regime zur Vereinigung materieller mit geistiger Produktion und damit zur Befreiung der letzteren von ihren heutigen materiellen Schranken in der Masse der Bevölkerung führen: Einerseits durch stete Verkürzung der Arbeitszeit der sogenannten Handarbeiter als Folge der fortschreitenden Produktivität der Arbeit, wodurch immer mehr Zeit der in der materiellen Produktion Tätigen für geistige Arbeit frei wird. Andererseits durch Vermehrung der physischen Arbeit der Gebildeten, eine unumgängliche Folge der steten Zunahme der Zahl der letzteren.

Es liegt aber nahe, daß bei dieser Vereinigung die physische Arbeit zur Erwerbsarbeit, zur notwendigen Arbeit im Dienste der Gesellschaft, die geistige Arbeit zur freien Arbeit als Betätigung der Persönlichkeit, losgelöst von jedem gesellschaftlichen Zwange wird. Denn die geistige Arbeit ist viel unverträglicher mit solchem Zwange als die physische. Diese Befreiung der geistigen Arbeit durch das Proletariat ist nicht der fromme Wunsch der Utopisten, sondern eine ökonomisch notwendige Folge seines Sieges.

Verschärfung des Streiks der städtischen Hilfskräfte.

Ausdehnung auf sämtliche Vororte. — Sympathiestreik der gewerblichen Arbeiter.

Der Magistrat lehnt Verhandlungen ab.

Der Lohnkampf der städtischen Bureauhilfskräfte hat im Laufe des gestrigen Tages an Ausdehnung und Schärfe gewonnen. Die Schuld hieran ist, um es gleich vorweg zu sagen, dem Berliner Magistrat zuzuschreiben. Zu gestern Mittag waren bekanntlich Verhandlungen zwischen Magistrat und der Streikleitung vereinbart worden. Der Magistrat lehnte es indessen ab, in Verhandlungen einzutreten. Er versucht anscheinend, arbeitswillige Hilfskräfte als Ersatz für die streikenden Angestellten in genügender Zahl heranziehen zu können, um dann die Streikenden aufs Pflaster zu werfen. Das gestern von Wolffs Telegraphenbureau verbreitete Ultimatum des Magistrats an die Hilfskräfte, an dessen Echtheit wir ursprünglich zweifelten, hat sich also bewahrheitet.

Ueber dieses illoyale Verhalten des Magistrats seinen Angestellten gegenüber müssen wir erneut unserem Erstaunen Ausdruck geben. Der Oberbürgermeister Wermuth hat gestern die Wirkung des Streiks auf die ganze Lebensmittelversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung anschaulich geschildert. Um so unverständlicher ist das Verhalten des Magistrats den Streikenden gegenüber. Wenn er auch glaubt, die Forderungen der Angestellten im Interesse der Allgemeinheit nicht bewilligen zu können, so dürfte er doch keineswegs die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Streiks zunichte machen.

Durch sein brüskes Verhalten den Hilfskräften gegenüber verscherzt er sich die Sympathie der Arbeiterschaft, die er durch die Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit beanspruchen dürfte.

Recht charakteristisch für den Magistrat sind auch die Mittel, mit denen er Streikbrecher heranzuziehen sich bemüht. Er, der Verhandlungen mit seinen Angestellten ablehnt, wendet sich an reaktionär gesinnte Kreise der Studentenschaft, um sie zur Schaffung eines Streikbrechernachweises zu veranlassen. So bietet er den reaktionären Kreisen willkommene Gelegenheit, einen neuen Schlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung zu führen. Vielleicht ist der Magistrat sich über die Tragweite seiner Handlungen nicht klar gewesen, als er das Angebot von Studenten an der Handelshochschule, Streikbrecher zu vermitteln, angenommen hat. Aber er sollte doch wissen, daß der komplizierte Betrieb der städtischen Bureaus mit geschultem Personal weit leichter aufrechtzuerhalten ist als mit den bisher nicht im Erwerbsleben tätig gewesenen Studenten.

Es ist dringend notwendig, daß alle maßgebenden Kreise auf den Magistrat energisch einwirken, damit er sofort in Verhandlungen mit den streikenden Angestellten tritt. Wir zweifeln nicht daran, daß sie zur Beilegung des Konflikts führen werden.

Die „Verhandlungen".

Der Magistrat hatte bekanntlich gestern mittag um 12 Uhr eine Verhandlung angesetzt. Nach Beginn der Verhandlungen stellte sich heraus, daß die Magistratsvertreter der Vorortgemeinden über die Antwort, die der Berliner Magistrat erteilen wolle, nicht im Bilde waren. Die Verhandlungskommission der Hilfskräfte gab vor den Verhandlungen eine Erklärung ab, daß sie nichts unversucht lassen werde, um zu einer Einigung mit den Magistraten zu kommen. In diesem Augenblicke erschien eine Vertretung der Arbeiter der städtischen Betriebe Lichtenbergs und gab folgende Erklärung ab:

„Die Vertretung der Angestellten der gewerblichen und kaufmännischen städtischen Betriebe Lichtenbergs ist beauftragt, der Zentralstreikleitung eine Erklärung abzugeben, daß, wenn die Forderungen der Hilfskräfte bis heute abend nicht bewilligt seien, sie restlos in den Streik treten würden."

Die Magistratsvertreter nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und zogen sich zu einer Besprechung zurück. Die Verhandlungskommission der Hilfskräfte tat das gleiche. In diesem Augenblick erschien eine Kommission der Arbeiter der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke Berlin, die folgende Erklärung abgab:

„Die Vertreter der Angestelltenausschüsse der Gas- und Elektrizitätswerke Berlins sprechen den Hilfskräften der Stadt Berlin in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe ihre volle Sympathie aus. Sie erklären sich mit den Hilfsarbeitern Groß-Berlins voll und ganz solidarisch und werden im geeigneten Moment keine Minute zögern, um die Hilfskräfte Groß-Berlins tatkräftig zu unterstützen."

Nach anderthalbstündigem Warten wurde die Streikleitung zur Sitzung gerufen und es wurde ihr vom Stadtrat Dr. Franz zu verstehen gegeben, daß die Magistratsvertreter nur da wären, um sie anzuhören, nicht aber um mit ihr zu verhandeln. Die Streikleitung gab darauf den Magistratsvertretern ihre Wünsche kund. Dr. Franz erklärte darauf namens der Magistratsvertreter, die vorgebrachten Wünsche morgen früh der großen Deputation bekannt zu geben. Mit dieser Erklärung hat die Streikleitung die Sitzung für geschlossen betrachtet.

Die Zentralstreikleitung hat daraufhin die Verschärfung des Streiks beschlossen. Sie wird die Bureauhilfskräfte und die gewerblichen Arbeiter sämtlicher Vorortgemeinden aufrufen, heute früh sich dem Streik anzuschließen.

*

Der Magistrat Berlin läßt über die Ablehnung der Verhandlung folgende Darstellung verbreiten: Die Vertreter der Magistrate der Groß-Berliner Gemeinden hatten sich am gestrigen Tage bereit erklärt, die durch den Schiedsspruch vom 11. Oktober und den Streik geschaffene Sachlage mit den Vertretern der Hilfskräfte zu erörtern. Eine Sitzung in dieser Angelegenheit hat im Laufe des heutigen Tages stattgefunden. Die Forderungen der Hilfskräfte gingen auf eine Lohnregelung, die zur Grundlage nimmt die Bezahlung der einfachen Hilfskraft mit rein technischen Dienstleistungen bei siebenstündiger Arbeitszeit auf 6400 M. und steigend nach einem Jahr auf 6740 M. Auf dieser Grundlage sollen sich die weiteren Lohnklassen aufbauen. Die Hilfskräfte forderten weiter Bezahlung der Streiktage und Ausschluß jeder Maßregelung aus Anlaß des Streiks. Die Vertreter der Magistrate erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, in Verhandlungen über Vorgutachtensätze einzutreten, die über diejenigen hinausgingen, auf welche das von den Hilfskräften selbst gewählte Schiedsgericht erkannt hat, daß sie aber ihren Magistraten Bericht erstatten werden.

Die Darstellung vermag das Verhalten des Magistrats nicht zu rechtfertigen. Der Magistrat hätte erst durch Verhandlungen feststellen müssen, ob die Angestellten auf ihre Forderungen unbedingt verharren, aber nicht von vornherein Verhandlungen ablehnen dürfen und Streikbrecher anwerben lassen.

Gründung einer kaufmännischen Nothilfe durch Studenten.

Der Berliner Magistrat meldet:

„Der Ausschuß der Studentenschaft der Handelshochschule hat zur kaufmännischen Nothilfe aufgerufen. Ihm haben sich die Vertreter der Universität, der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Tierärztlichen Hochschule und der Kaiser-Wilhelm-Akademie angeschlossen. Diese Hochschulen, insgesamt 13 000 Studierende umfassend, haben dem Kand. per. more. Herrn E. Günther die Vollmacht erteilt, mit dem Magistrat Berlin hierüber zu verhandeln.

Die Organisation wird sofort eingeleitet werden. Die Mitarbeiterlisten und Anschläge sind in Vorbereitung und werden umgehend verbreitet werden. Auch Meldungen Nichtstudierender werden angenommen. Alle Anmeldungen sind zu richten an den Ausschuß der Studentenschaft der Handelshochschule, Spandauer Str. 1.

Unter geschickter Ausnutzung der unangenehmen Wirkung des Streiks auf die Bevölkerung soll also hier eine umfassende Streikbrecherorganisation ins Leben gerufen werden. Der Charakter dieser neuen Organisation und die Zwecke, denen sie dienen soll, sind allein schon durch den Vater der Schöpfung, den arbeiterfeindlichen Teil des Ausschusses der Studentenschaft an der Handelshochschule, hinreichend gekennzeichnet. Es läßt sich heute schon voraussagen, daß diese Organisation auch bei anderen Streiks kaufmännischer Angestellten in Funktion treten soll. Der technischen Nothilfe soll die kaufmännische Nothilfe an die Seite gestellt werden, um auch das Streikrecht der kaufmännischen Angestellten zu untergraben! Diese neue Streikbrecherorganisation verdient somit die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft.

Das Unternehmen wird noch dadurch charakterisiert, daß der betreffende Günther keineswegs in Ausübung eines Beschlusses der gesamten Studentenschaft handelt. Darüber gibt folgende Erklärung Aufschluß, die uns von den Mitgliedern Berger und Wolff zugeht:

Das Mitglied des Ausschusses der Studentenschaft an der Handelshochschule Berlin, Günther, ist ohne Befragen der übrigen Ausschußmitglieder an den Magistrat und die Studenten der übrigen Hochschulen herangetreten, um aus den Kreisen der Hochschüler Arbeitswillige heranzuziehen. Streikbrechermeldungen werden im Ausschußbureau der Handelshochschule entgegengenommen.

Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft an der Handelshochschule Berlin, lehnt als solche eine Stellungnahme zum Streik ab. Sie legt jedoch gegen dieses Vorgehen schärfste Verwahrung ein und ihre Mitglieder lehnen es ab, sich für ehrlose Streikbrecherdienste herzugeben.

J. A.: Herbert Berger. Bruno Wolff.

Die Haltung der technischen Angestellten.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat seine Mitglieder beim Magistrat Berlin und bei den Vorortgemeinden aufgefordert, in dem Streik der Bureauhilfskräfte die vollkommenste Neutralität zu wahren, also die Streikarbeit in jeder Form abzulehnen. Er wird allen Maßregelungen, die sich aus der Ablehnung von Streikarbeit ergeben sollten, mit der ganzen Kraft seiner Organisation entgegentreten. Die Frage, ob bestimmte Betriebe unbedingt im Interesse der Bevölkerung aufrecht erhalten werden können, kann nur durch Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den zuständigen gewerkschaftlichen Körperschaften geregelt werden.

Gewerkschaftliches.

Streikhetzer im Vorwärtslager.

Vom Holzarbeiterverband wird uns geschrieben:

In einem Artikel des „Vorwärts" in der Abendausgabe vom 8. Oktober, unter der Ueberschrift „Unabhängige Gewerkschaftsstrategie", wird den „gesinnungstüchtigen Berliner Funktionären" und der Verwaltung Berlin des Holzarbeiterverbandes der Vorwurf gemacht, sie hätten durch die Vereinbarung vom 1. Oktober einen „glatten Verzicht" auf wichtige vertragliche Bestimmungen ausgesprochen, die Rechte der Betriebsräte preisgegeben und auf die Regelung des Lehrlingswesens verzichtet. Und pathetisch ruft der Artikelschreiber dann aus: „Sie haben dadurch nicht nur die Interessen der Berliner Holzarbeiter geschädigt, sondern sie sind auch den Holzarbeitern im Reich, die den Kampf um den Reichstarif führen, in den Rücken gefallen." Mit einer Selbstüberhebung und im vollen Bewußtsein besonderer „Fähigkeiten" schreibt der Verfasser zum Schluß: „Die Jubeltöne, mit denen das Unternehmertum den Abdruck des von Siegle unterzeichneten Abkommens begleitet, sind begreiflich. Allerdings der Jubel ist verfrüht, denn die Wahrnehmung der Interessen der Holzarbeiter liegt nicht überall in den Händen solch eigenartiger Strategen wie in Berlin."

Wie sieht es nun mit den im „Vorwärts" aufgestellten Behauptungen? Die Holzarbeiter im Reich führen den Kampf um den Reichstarif. Das ist richtig. Aber was heißt denn das? Das heißt doch, daß in verschiedenen Orten des Reiches gestreikt wird, um den Reichstarif örtlich oder bezirksweise zur Anerkennung zu bringen. Dabei handelt es sich meistens um die Anerkennung der materiellen Forderungen. Die letzteren sind uns in Berlin voll und ganz zugestanden. Die tatsächlich bestehenden höheren Löhne in Berlin, als sie im Reichstarif vorgesehen waren, sind hier bis Februar 1920 ausreichend gesichert. Was hätte der „Vorwärts" nun für ein Geschrei angestimmt, wenn wir unsere Kollegen zur Anerkennung des Reichstarifs in den Streik „gehetzt" hätten. Die Berliner Holzarbeiter haben auch gar keine Ursache gehabt, dem Hauptvorstand seinen gescheiterten Reichstarif herauszuhauen, da sie doch Gegner eines Reichstarifs überhaupt sind. Aus dem Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern, der dem Hauptvorstand zuging und der dem Gewährsmann des „Vorwärts" zweifellos bekannt sein dürfte, geht unzweifelhaft hervor, daß die Berliner Holzindustriellen gar nicht die ernste Absicht hatten, mit uns einen Vertrag abzuschließen auf der Grundlage des Reichstarifs, sondern daß es nur ein Manöver war, das sie in ihrem Angebot machten, um uns einmal an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Regelung der Ferienfrage war so brennend, weil die Holzarbeiter betriebsweise vorgingen, um sich die Ferien zu nehmen, die Organisation der Arbeitgeber ihre Mitglieder dabei nicht mehr in der Hand hatte.

Nach einer vorgelegten Resolution hatten die Mitglieder der Verhandlungskommission der Arbeitgeber seitens ihrer Generalversammlung den Auftrag, nur eine lokale Berliner Vereinbarung abzuschließen. Als Aenderungen im Reichstarif verlangten sie Streichung der Bestimmungen über Einstellung und Entlassung von Arbeitern, der Arbeiterausschüsse und der Ausbildung und Entschädigung der Lehrlinge. Was die Bestimmungen über Arbeiterausschüsse betrifft, so haben wir dabei nichts preisgegeben. Ueber die Befugnisse der Betriebsräte haben wir eine andere Auffassung, als der Artikelschreiber.

Um über die andern beiden Punkte mit den Unternehmern noch wochenlang zu verhandeln, dazu hatten wir wirklich keine Ursache. Jetzt galt es vor allem unseren Kollegen noch in diesem Jahre zu den Ferien zu verhelfen. Und das haben wir erreicht. Die Berliner Holzarbeiter haben diese Abmachungen durchweg gebilligt.

Nachdem wir also die Anerkennung des Reichstarifs für Berlin überhaupt nicht verhandelt haben, kann auch gar keine Rede davon sein, daß wichtige Bestimmungen preisgegeben worden seien. Ganz und gar falsch ist also auch die Behauptung, die Verwaltung habe auf die höhere Normierung der Mindest- und Durchschnittslöhne verzichtet. Für die tatsächlich bestehenden höheren Löhne in Berlin — und darum handelt es sich — haben wir, wie schon erwähnt, ausreichende Garantien.

Was in dem Artikel über Montagezuschläge gesagt ist, wirkt geradezu lächerlich. Für die Montagezuschläge können neben der örtlichen Regelung, von Fall zu Fall höhere Zuschläge vereinbart werden, entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen. In der Vereinbarung wird ausdrücklich auf den Text des Reichstarifs Bezug genommen.

Wir können es dem „Vorwärts" und seinen Parteifreunden nachfühlen, wie gerne sie es gesehen hätten, wenn in Berlin die Holzarbeiter einen frisch-fröhlichen Kampf um den Reichstarif geführt hätten, nachdem es dem Hauptvorstand nicht gelungen war, ihn unter Dach und Fach zu bringen. Durch das Nichtzustandekommen des Reichstarifs ist das Prestige, das der Vorstand bei der Mehrheit der Verbandskollegen noch besitzt, bedeutend ins Schwanken gekommen. Er befindet sich augenblicklich in einer nicht beneidenswerten Situation. Die Berliner Holzarbeiter sind aus dieser Situation heraus, weil ihnen am Reichstarif nichts gelegen ist; sie haben einen Waffenstillstand, der sie befriedigt, bis Februar 1920 abgeschlossen und werden diese Atempause benützen, sich zu neuen entscheidenden Kämpfen zu rüsten.

Für heute lehnen die Berliner Holzarbeiter es ab, für den Hauptvorstand die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Die städtischen Arbeiter zum Schiedsspruch.

In Nr. 490 unseres Blattes ist festgestellt worden, daß sich die Organisationsvertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes gegen eine höhere Entlohnung der Aushilfsarbeiter als die in den gleichen Gruppen dauernd beschäftigten Arbeiter, und zwar um 50 Pf. ausgesprochen hatten. Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter hat darauf im „Vorwärts" und in der „Freiheit" erwidert, Kollege Pollenske habe diese Forderung vertreten. Dies ist richtig. Aber gegen Pollenske richtet sich der Angriff auch gar nicht, sondern gegen die drei Vertreter im Zentralausschuß: Schultze, Mündner und Heckmann, was diese wohl nicht bestreiten werden.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Handwerker, soweit sie im Transportarbeiter-, Maschinisten-, Heizer-, Metallarbeiter-Verband usw. organisiert sind, wurde dieser Fall vom Kollegen Fahrig ausdrücklich klargelegt. Weiterhin wurde gegen den Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband die Anklage erhoben, daß es dessen eigenmächtiger Handlungsweise zu verdanken ist, daß der Tarifvertrag nicht nach den Wünschen der Arbeiterschaft ausgefallen ist. Ferner wurde von Fahrig auf den § 1 des Schiedsspruches aufmerksam gemacht, wo es jetzt entgegen der Verhandlungen heißt: „Die Bestimmungen des Lohntarifs nebst den Ergänzungsbestimmungen und der Tarifvertrag gelten bis zum 1. April 1920. Die drei Worte „und der Tarifvertrag" müssen gestrichen werden, zumal der Manteltarif noch nicht im Bereich der Verhandlung gestanden hat. Es muß gefordert werden, daß der „soziale Teil" noch im Oktober zur Verhandlung kommt. Pollenske vom Gemeindearbeiter-Verband hatte all den schweren Anklagen gegenüber, die von der Versammlung erhoben wurden, einen schweren Stand. Er hütete sich auch wohlweislich, auf die obige Zeitungspolemik einzugehen. Immerhin wurde mit Befriedigung seine Erklärung aufgenommen, daß in Zukunft auch der Gemeindearbeiter-Verband in voller Einigkeit mit den anderen Verbänden vorgehen will.

Die Versammlung nahm gegen wenige Stimmen einen Antrag an, worin sich die Verbände mit dem Schiedsspruch des Gemeindlichen Zentral-Ausschusses, soweit der Lohntarif in Frage kommt, einverstanden erklären, aber zugleich den vorgelegten Entwurf des Manteltarifs umgehend zur Beratung gestellt wissen wollen.

Einstimmig wurde ferner der Antrag auf Forderung einer Kleiderzulage von 500 M., desgleichen einer besonderen Teuerungszulage für Kriegsteilnehmer, angenommen.

Zu Beginn der Versammlung machte Böse vom Heizer- und Maschinistenverband Mitteilung vom Ausbruch des Streiks der Heizer und Maschinisten. Ein Notstandsbetrieb für Krankenhäuser, Gas, Wasser und Licht soll jedoch aufrechterhalten bleiben. Den streikenden Bureauhilfskräften habe die Arbeiterschaft ihre vollste Sympathie ausgesprochen.

Sülz von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte gab einen kurzen Bericht über die Streiklage und drückte seine Anerkennung über die feste Haltung der städtischen Hilfsangestellten aus. Wider alles Erwarten habe der Magistrat diesen Angestellten nicht die Löhne der Arbeiter bewilligt, sondern sie stehen jetzt noch um 100 M. schlechter pro Monat als die ungelernten Arbeiter.

In 65 Vorortsgemeinden werden heute die Hilfsangestellten ebenfalls in den Streik treten. Die Erwerbslosen haben erklärt: Sie wollen gern 14 Tage hungern, wenn die Hilfskräfte 14 Tage im Streik aushalten.

Brausenden Beifall erzielte der Vertreter der Hilfsangestellten Kittrowsky, der der Arbeiterschaft den Dank der Angestellten aussprach und mit dem Rufe schloß: Die Angestellten stehen und fallen mit der Arbeiterschaft. Einen Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeiter gibt es nicht mehr.

Die Arbeiter und Angestellten des Böhmischen Brauhauses haben dem von der Vertrauensmännerversammlung angenommenen Angebot der Unternehmer auf Teuerungszulage gegen sieben Stimmen zugestimmt. Außerdem fand ein Antrag, wonach die Kollegen, deren Verbände nicht am Metallarbeiterstreik beteiligt sind, wöchentlich drei Marken zu 1 M. zu zeichnen haben, einstimmige Annahme.

Groß-Berlin.

Was sich Hausbesitzer herausnehmen.

Die Wohnungsknappheit hat dazu geführt, daß Hausbesitzer sich überall auf das hohe Pferd setzen. Sie diktieren den Mietern ihre Bedingungen. Wer sich nicht fügt, mag ausziehen. Mietseinigungsämter können da nur in bedingtem Maße eingreifen, überhaupt dann, wenn die Aemter so wie heute zusammengesetzt sind. Wie manche Hausbesitzer vorgehen, davon nur ein Beispiel von vielen. Da schreibt so ein Herr an seine Mieter:

„Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich das Grundstück Spandauer Straße 11 käuflich erworben habe. Ich werde das Haus sorgfältig instand setzen lassen, habe auch die Absicht, elektrische Leitungen hineinzulegen und frage an, ob Sie einen Anschluß hieran wünschen.

Der bisher gezahlte Mietspreis ist viel zu niedrig und deckt nicht die Unkosten; er muß deshalb und infolge der Instandsetzung des Hauses erhöht werden. Ich muß sämtliche Mieter bitten, die Fenster sorgfältig zu putzen, die zerbrochenen Scheiben einsetzen zu lassen und die Fenstergardinen in sauberem Zustande zu halten. Haustiere dürfen nicht gehalten werden; Abvermietungen dürfen nur mit meiner schriftlichen Genehmigung geschehen, und zwar behalte ich mir die jedesmalige Entscheidung vor. Das Wasser ist sehr sparsam zu gebrauchen; Klosettverstopfungen werden auf Kosten des betr. Mieters in Ordnung gebracht. Der Mietpreis erhöht sich ab 31. Oktober cr. um das Doppelte, also auf 52 Mark pro Monat. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie damit einverstanden sind, sonst wollen Sie diesen Brief als Kündigung auffassen. Ich bemerke noch, daß sämtliche Mieter des Hauses die gleiche Mieterhöhung zu zahlen haben. Hochachtungsvoll gez. Neumann."

Also: Doppelte Miete, Fenster sauber putzen, saubere Gardinen anmachen, zerbrochene Scheiben einsetzen, Reparaturen auf eigene Kosten und alles mehr. Es fehlt nur noch, daß die Mieter die Hypothekenzinsen noch bezahlen. Die Wohnungsknappheit führt zur restlosen Bewucherung der Mieter. Und gegen solchen Wucher erklären sich die Mietseinigungsämter für bankerott. Nur weiter so. Die Saat wird aufgehen. Es wird zu einem Abwaschen kommen.

Die neue Brotversorgung.

Der Lebensmittelausschuß Groß-Berlin beschäftigte sich in seiner Sitzung am 15. d. M. mit der Brot- und Mehlversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr. Die Portion der Brotkarte bleibt mit 2350 Gramm unverändert. Das jetzige Mehl gestattet es aber, einen Teil der Gebäckmenge, nämlich 350 Gramm, in Kleingebäck abzugeben, das auf die sieben über je 50 Gramm lautenden Abschnitte der Karte entnommen werden darf. Mehr Kleingebäck herzustellen, verbietet zur Zeit die geringe Weizenmehlzuteilung von seiten der Reichsgetreidestelle. Selbst bei Herstellung von nur sieben Stücken Kleingebäck wird dieses vorläufig noch einen Zusatz von Roggenmehl erhalten müssen. Außer dem Kleingebäck wird ein Großbrot im Gewicht von 2000 Gramm aus reinem Roggenmehl hergestellt werden, dessen Preis 1,80 Mark beträgt. Der Preis des Kleingebäcks wurde auf 5 Pfennig, der Kleinhandelspreis des Weizenküchenmehls auf 48 Pfennig je Pfund festgesetzt. Die Preissteigerung des Brotes hält sich etwa im Rahmen der Steigerung der Mehlpreise durch die Reichsgetreidestelle (40 Prozent zu 34 Prozent). Außer der Steigerung der Mehlpreise waren die starken Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Sachunkosten bei allen mit der Brotherstellung und Brotverteilung befaßten Instanzen, also Bäckern, Mehlhändlern, Fuhrunternehmern, Lagerbetrieben usw., zu berücksichtigen, wie z. B., um einen Fall anzuführen, die Kosten der Lagerung des Mehls sich mehr als verdreifacht haben.

Ein städtischer Arbeitsnachweis für die Filmbranche.

Die Deputation für Arbeitsnachweis ist mit den Arbeitgebern der Filmindustrie und den Filmdarstellern wegen Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Verbindung getreten. Der Zweck dieser Verhandlungen ist lediglich, die Arbeitsvermittlung in geordnete Bahnen zu leiten und einen Ersatz für die bisherige Filmbörse zu beschaffen. Deswegen ist die von den Filmdarstellern geäußerte Befürchtung nicht zutreffend, daß die Absicht bestünde, Arbeitslose anderer Berufszweige der Filmindustrie zuzuführen oder gar eine Kontrolle über die Einkünfte der Filmdarsteller herbeizuführen.

Arbeiter-Bildungsschule der U. S. P.

Heute, Donnerstag, beginnen folgende Kurse:

Die Internationale. Vortragender: Emil Eichhorn. Schullokal: Schulsaal der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5/6.

Gewerkschaftsarbeit und Rätebewegung. Vortragender: Richard Seidel. Schullokal: Aula Köllnisches Gymnasium, Inselstraße, Ecke Wallstraße.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß der für Sonntag, den 19. Oktober, angekündigte Vortrag des Genossen Kestenberg: **Zur Einführung in das Verständnis für Vokalmusik**, erst am Sonntag, den 26. Oktober, stattfindet, da am 19. Oktober der Saal der Schule leider nicht zur Verfügung steht.

Achtung! Erwerbslose! Infolge des Streiks der Bureauhilfskräfte des Magistrats können die Erwerbslosen ihre Kontrollkarten beim städtischen Arbeitsnachweis nicht abstempeln lassen. Hierzu teilt die Erwerbslosenfürsorge mit, daß den Erwerbslosen ein Nachteil hierdurch nicht erwächst, da für die Zeit des Streiks auf die Beibringung des Stempels des städtischen Arbeitsnachweises verzichtet wird.

Infolge des Streiks der Bureauhilfskräfte ist auch die Beantwortung der Anträge von Kranken, werdenden und stillenden Müttern usw., auf Krankenkost und Krankenkohlen sowie die Uebersendung der Karten mit Ausnahme der als akut anerkannten Nahrungsmittelbewilligungsfälle z. Zt. nicht möglich.

Eine Tatarennachricht über ein Hamsterlager der U. S. P. D. verbreitete gestern die „B. Z. am Mittag". Dort wird mitgeteilt, daß „bei einer am vergangenen Freitag vorgenommenen Haussuchung im Berliner Zentralbureau der U. S. P. D. 20—30 Kisten mittleren Umfanges gefunden wurden, die neben kondensierter Milch ausschließlich rationierte Mühlenfabrikate enthielten. Ferner wurde festgestellt, daß bis vor kurzem auch Vorräte an Speck und Schmalz vorhanden gewesen sind."

Also: Das Hamsterlager bestand selbst nach dieser Meldung darin, daß „bis vor kurzem auch Vorräte an Speck und Schmalz vorhanden gewesen sind". Und wenn nun Speck und Schmalz da gewesen wäre: so weiß jeder, der die Dinge kennt, daß opferfreudige Genossen diese Dinge für die politischen Gefangenen bestimmt haben. Auswärts kann man bekanntlich vielfach amerikanischen Speck öffentlich kaufen. Und dann die Kisten mittleren Umfanges, die rationierte Mühlenfabrikate enthielten. In diesen Kisten befanden sich Mengen von Dörrgemüse, die vor längerer Zeit ein Wohltäter gespendet hatte, das aber niemand für umsonst haben wollte. So schrumpft die Meldung also zu einer Tatarennachricht schlimmster Art zusammen, sie kennzeichnet aber die Art, wie die Oeffentlichkeit von gewissen Stellen hineingelegt wird.

Die Städtische Volkskunstausstellung in der Litauer Str. 13 erfreut sich fortgesetzt so außerordentlich lebhaften Besuches, daß ihre Dauer an dieser Stelle um acht Tage, also bis zum 2. November inkl., verlängert worden ist. Mit Rücksicht auf die veränderten Lichtverhältnisse der Jahreszeit und um besonderen Wünschen der Bevölkerung des Berliner Ostens entgegenzukommen, wird die Ausstellung künftig an den Sonntagen von 10 bis 3 Uhr geöffnet sein; werktäglich bleibt es bei den Besuchsstunden von 2 bis 9 Uhr. Die Vorträge und Führungen, zu denen stets besonders starker Andrang herrscht, werden weiterhin Dienstags und Freitags abends um 7 Uhr, Sonntags aber von nun an um 11 Uhr vormittags stattfinden. Diese Vorträge werden von den Herren Dr. Osborn und Dr. Stroube vom Märkischen Museum sowie Dr. Kurth vom Kupferstichkabinett, gehalten. An ihre zweite Stätte, im Norden Berlins, wird die Wanderausstellung dann Anfang des kommenden Monats übersiedeln, um dort am 8. November neu eröffnet zu werden.

Immer höhere Kohlenpreise. Die Kohlenstelle gibt bekannt: Nachdem die Erzeugerpreise für Niederlausitzer Briketts mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums wiederum erhöht sind, ist der Kohlenverband Groß-Berlin gezwungen, im Ausmaß dieser Erhöhung die Preise für Briketts ab 15. Oktober 1919 um 30 Pf. je Zentner zu erhöhen. Der Preis für Briketts für Küchen- und Ofenbrand beträgt demnach ab 15. Oktober 1919 bei Selbstabholung ab Lager M. 5.35 je Zentner, bei Lieferung frei Haus M. 5.90 je Zentner.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier. Das auf Freitag angesetzte Seminar zur Besprechung wirtschaftlicher Fragen muß auf einen anderen Tag verlegt werden, der noch bekanntgegeben wird.

Reinickendorf-Ost. Rechtssozialistische Taktik. In hinterhältiger Weise hatten die Rechtssozialisten unsere Protestversammlung illusorisch zu machen versucht. Unter der Firma „Kommunaler Arbeiterrat" stand am Dienstag im Käseblättchen ein auffälliges Inserat: „Die heutige öffentliche Versammlung in den „Hubertussälen" findet nicht statt." Und der Erfolg? Kaum konnte der über 2000 Personen fassende Saal den Zusammengeströmten Platz geben, die den trefflichen … nossen Heisel aufmerksam folgten.

Hohenschönhausen. Zu unserer Notiz über die Ein… von Truppen in die Löwenbrauerei wird uns von deren … leitung geschrieben, daß sie auf Grund des Kriegsleist… vom 13. Juni 1873 und der Verfügung des Reichswehr… Kommandos, Abteilung I. B., nach der ihr geworbene… zur Aufnahme der Truppen verpflichtet war, und … der Pflicht gern entzogen hätte, wenn dazu eine rech… habe vorhanden gewesen wäre. Die Quartierkarte … ganzen auf vier Mann und acht Pferde, tatsächlich … nur zwei Mann und vier Pferde in der Brauerei un… worden. — Der Obmann des Arbeiterausschusses be… Angaben und teilt noch ergänzend mit, daß vor dem … Truppen von der Geschäftsleitung überhaupt niemand … war. Keiner der Direktoren habe die Truppen irgendw… Der in der Brauerei wohnende Direktor war verreist.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Käseverteilung. Bis Montag in den … 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 53.; 54.; 178.; 222.; … Brotkommission, bis Dienstag in den Bezirken der 53., … 62., 64., 65. und 76. Brotkommission pro Kopf 125 Gr. … Abschnitt 43 der Süßstoffkarte H entfallen im Oktober 100 … chen Süßstoff, H-Packung, zum Preise von je 50 Pf. — … die ½-Liter-Krankenkarte wird am Donnerstag Milch nich… Vom Freitag ab werden die ½-Liter-Krankenkarten … liefert. Magermilch wird von Donnerstag ab nur auf die … karten I an Kinder im 7. und 8. Lebensjahre abgegeben … ¼ Liter einmal wöchentlich. Von Freitag ab wird die … Kinder-Vollmilchkarte mit je einer Büchse Kondensmilch … von vier Tagen beliefert. Bis auf weiteres wird diese … vier Tage erfolgen.

Aus den Organisationen.

4. Distrikt. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Vo… Laaser, Lausitzer Straße 25.

Westliche Vororte. Der Kursus des Genossen St… „Wie lese ich die Zeitung?" hat letzten Freitag … diesem Tag stattgefundenen beiden Mitgliederversamml… begonnen. Er beginnt nun Freitag, 17. Oktober, abends … mersdorf, Cäcilienschule, Nikolsburger Platz. Anme… Viertelstunde vor Beginn.

Schöneberg. Donnerstag abend 7½ Uhr außeror… gliederversammlung in der Fichte-Realschule, Kolonnenstr. … oder dritte Internationale. Referent: Genosse Stoecker. … Spediteure. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Neukölln. Der Weiterbildungskursus findet nicht am … sondern am Sonnabend abend 7½ Uhr Neckarstr. 8, Leben…

Bildungsausschuß Neukölln. Sonntag, den 19. Okto… in der Aula Boddinstraße Reuter-Abend. Karten … in der Buchhandlung „Freiheit", Schiffbauerdamm 19 und … Neckarstr. 3, zu haben. Die Bezirkskassierer werden … gehend abzurechnen.

Niederschönhausen. Freitag abend, pünktlich 7½ Uhr … von Engelke, Platanen- und Waldstraßen-Ecke. Frauen… aller Genossinnen ist zu erscheinen.

Vereinskalender.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. … Berlin-Norden IV. Am 17. Oktober, abends 7 … perts Festsälen, Schönhauser Allee 129, Mitgliederver… Zahlabend für Einzelmitglieder.

Fachgruppe 8b (Heeresbetriebe). Freitag abend 7 … Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, Vollversammlung der … der freien Gewerkschaften stehenden Angestellten-Ausschü…

Achtung! Tapezierer-Verband. Freitag abend 7 Uhr … in den Central-Festsälen, Alte Jakobstr. 32. Das … Tarifverhandlung. Erscheint in Massen!

Arbeiter-Eltern-Bund, Gruppe I. Heute abend 7½ … Gahler-, Ecke Boßestraße. Mitgliederversammlung mit … willkommen. Gruppe I. Heute abend 7½ Uhr bei … Straße 19. Mitgliederversammlung mit Vortrag. …

Freie Jugend. Gruppe Osten. Freitag König… Abteilungsversammlung.

Kursus in Musikgeschichte, veranstaltet vom Deut… Sängerbund, beginnt am Sonntag ausnahmsweise um 9 …

Erwerbslose von Lichtenberg, Stralau, Friedrichsf… Freitag nachmittag 3 Uhr in der Schule in der Park… versammlung. Ausweise mitbringen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Zechers Lichtspiele und Café, Wrangelstraße, Ecke … ist neueröffnet worden. Im neueröffneten Café werden … kalische Darbietungen der allbekannten Kapelle Feige …

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wie… Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin … Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Sch…

Achtung! **Arbeitslose Berlins.** Achtung!

Ergänzungswahlen zum Arbeitslosenrat.

Am **Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 1 Uhr** finden

drei Arbeitslosen-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt: **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15. **Patzenhofer,** Moabit, Turmstr. 25/26, **Pharussäle,** Müllerstr. 145.

Tagesordnung: **Ergänzungswahlen, Winterbeihilfe.**

Zutritt nur gegen Arbeitslosenausweiskarte.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.

Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Freitag, den 17. Oktober 1919, nachm. 2 Uhr:

Versammlung

aller arbeitslosen Metallarbeiterinnen

im Berliner Kindhaus, Ohmstraße 2, Saal 1 Tr.

Tagesordnung:
1. Der Streik in der Metallindustrie und unsere arbeitslosen Kolleginnen. 2. Ergänzungswahl der Arbeitslosenkommission und Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kolleginnen, pünktlich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Großen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit"

Bettstelle mit Matratze, Damenrad el. Gr 42, gut erhalten, zu verkaufen. Reichenberger Straße 120, Sfl. III l.

Kinderbettstelle, gebrauchte, mit 3 Seitenbleden zu verkaufen. Wohlgemuth, Mansteinstraße 11.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3205 und 5518.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen
Klingeln Dynamodrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2115.

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten,
kauft sofort gegen Kasse.
Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 36
Wilh. 4720.

50 000 Kontaktschrauben
aus 14 und 10 mm Messing, 6—60 Amp. verkauft **Fritko.** Schraubenfabrik, Ackerstr 134.

Möbe kredit an jedermann, bequeme An- und Abzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt Gustav Gär sch, Stralauer Platz 1/2, Ecke Fruchtstr., a. Schles. Bahnhof.

Platin, Gold, Silber, Quecksilber, Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Werkzeuge kauft zu den höchsten Tagespreisen Kottbuser Damm 66. Moritzplatz 13556.

Möbel
Küchen
7teilig, prima lackiert, mit Rahmen von **M. 350** an.
Desgleichen mit Ansichte Mk. 575.
Gediegene Verarbeitung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Stolzmann
Belle Alliancestr
100.

Achtung!
Meine ca. 1000 Personen fassenden
Festsäle u. Restaurant
empfehle ich als Verkehrslokal für Gruppen und Abteilungen. „Mietefrei".
National-Festsäle.
Berlin S 14, Kommandantenstraße 62.

Zahngebisse!
Goldsachen, Silbersachen,
Platin
Salpetersaures Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüb. Manteuffelstraße!)

Platina
u. Gold, Silber
höchste Tagespreise.
Alte Gebisse bis 1000 Mk., Platinzähne bis 45.— Mk.
kauft **Hausdorf,**
Palisadenstraße 11, v. II r.

Spiralbohrer kauft Böck, Charlottenburg, Röntgenstraße 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Hugo Schulz

Oudenarder Straße 28, am 12. d. M. gestorben ist.

Beerdigung am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazarethkirchhofes in Reinickendorf, Kogelstraße.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Willi Becker

Mariendorfer Straße 5, am 10. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten
Bezirk Groß-Berlin.

Montag, den 13. Oktober 1919, entschlief an den Folgen eines Leidens unser braver Kollege

Paul Degner

Lortzingstraße 24.

Ehre seinem Andenken!

Die Trauerfeier findet Freitag, den 17. cr., nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des Krematoriums, Gerichtstraße 37/38 statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Verein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Hermann Schure
(Bezirk Osten I)

am 10. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16 Oktober, nachmittags 1½ Uhr, auf dem Friedhof der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg statt.

Der Vorstand.

Am Montag, den 13. Oktober, … entschlief nach langem, mit großer … schweren Leiden, mein herzensguter …

Paul Degner

Lortzingstr. 24,

2 Monate vor seinem 51. Geburtstage.

Er war so gut! Er klagte … Wer ihn gekannt, vergißt …

Die Trauerfeier findet am Freitag … nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. …

Kranzspenden höflichst …

Im Namen aller Leidtragenden
Gertrud De…

D…nstag nachmittag entschlief … längerem Leiden unser lieber Vater …

Herrmann Dorn…

im 73. Lebensjahr.

Die Einäscherung findet am Freitag … tober, vormittags 9 Uhr im Krematorium … straße, statt.

Die trauernden Hinterbliebenen …

13. Distrikt.

Am Montag, den 13. Oktober 1919, entschlief an den Folgen eines im Kriege zugezogenen Leidens unser braver Parteigenosse

Paul Degner

Lortzingstraße 24.

Ehre seinem Andenken!

Die Trauerfeier findet am Freitag, den 17. cr., nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des Krematoriums Gerichtstr. 37-38 statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Kostenlose Ratserteilung, allerbilligste Prozeßführung. Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen, Beobachtungen, Ermittelungen. Dresdener Straße 111, Aufgang 2. Auch Sonntags Vormittags.